

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 86.—
ganzzährig . . . 192.—

Abnahme
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Sonntag, 1. Juli 1923.

Nr. 151

Demokratie, gemildert durch Wahlschwindel.

Blaha! Wer ist Blaha? Der nicht ganz ungewöhnliche Name war bisher in den weitesten Kreisen unbekannt, nun ist er mit einem Schlag in aller Munde und sein Ruf wird weit über die Grenzen des tschechoslowakischen Staates hinausdringen. Hinter dem schlichten Namen verbirgt sich, was eine europäische Berühmtheit zu werden verdient. Zur Zeit ist Blaha der Vorsitzende der politischen Verwaltung von Karpathorussland. Er ist also in dem dem tschechoslowakischen Staate durch die Laune der Pariser Friedensmacher angegliederten karpathorussischen Gebiet ein Exekutivorgan der Prager Nachthaber, ihr Auftragnehmer und Wegbereiter. Seine Kolonisationsfähigkeit, die er im Auftrage Prags dort auszuüben hat, kann man nun, soferne man die dort betriebene Verwaltungstätigkeit noch nicht kannte, an der Hand von Dokumenten kennen lernen. Es sind Dokumente von geradezu kulturhistorischer Bedeutung, die in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses verlesen wurden und deren Echtheit die Regierung zugeben mußte, obwohl es ihr das Herz abgedrückt haben dürfte. Denn die drei Erlässe, die da in das strahlende Licht des Tages gerückt wurden, werden der Regierung, so sehr sie ihre Geschäfte zu besorgen suchen, bei der Verlesung nicht wohlthuend in den Ohren geklungen haben. Die Herren in Prag denken wie manche äußerlich präde Damen: so etwas tut man, doch man sagt es nicht! Blaha hat aber in diesen Erlässen, die an die karpathorussischen Stuhlrichterämter gerichtet sind und die ein wahres Bademeum des Wahlschwindels darstellen, arg aus der Schule geplaudert. Er hat, was „streng vertraulich“ bleiben sollte, sein säuberlich zu Papier gebracht, hat den ins Werk gesetzten Wahsterror in amtlichen Schriftstücken aufgezeichnet, die nun der berühmte Zufall der weitesten Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht hat. So ist durch die, gefinde gesagt, Ungeheuerlichkeit des Blaha, das, was sich in Prag und vor dem bisher gläubigen Ausland als Demokratie aufspielt, unheilbar kompromittiert worden.

In den Vorkriegszeiten galt als Symbol des Wahlschwindels der Name Pawelka. Pawelka war der Leiter der Wahlsangelegenheit unter christlichsozialer Leitung stehenden Wiener Magistrats. Seiner Kunst gelang es, tote Lebewesen zu machen und an der Wahlurne erscheinen zu lassen, um das Wahlschlaf zugunsten der christlichsozialen Partei zu beeinflussen. Auf die Dauer vermochten wohl auch seine mystischen Zauberkünste die Herrschaft der Wiener Christlichsozialen nicht aufrechtzuerhalten, er selbst ist verhöhnt, sein Ruhm verklungen, doch das System Pawelka hat die Stürme des Krieges und der Umsturzzzeiten überdauert und wurde, wie manche andere Kostbarkeit aus Oesterreich in die Tschechoslowakei herübergerettet. Nach den Proben der Geheimerrlässe hält Blaha das Vermächtnis Pawelkas getreulich in jenen Ehren, welche die Gattung Pawelka-Blaha auszeichnen. Die Wahlen in Karpathorussland sind noch in weiter Ferne, daher ist, was Blaha leisten konnte, nur ein Anfang, aber dieser gibt schon die Gewähr, daß wir auch nach dieser Richtung, nach der Richtung der Korrigierung des Wahlschlaf hin, im neuen Staate nichts werden zu vermessen brauchen. Wie der erste der Geheimerrlässe besagt, sind die Vorbereitungen in Karpathorussland nach den Weisungen des Ehrenmannes Blaha in vollem Gange. Die Zapane und Stuhlrichter werden aufgefordert, im Sinne der „Verordnung vom 14. Dezember 1922“ weiterzuarbeiten. In jeder Gemeinde sollen „zwei bis vier Vertrauensmänner“ bestellt werden, welche die Aufgabe haben, die Nemter zu „informieren“, welche mit Hilfe dieser Vertrauensleute „Einfluß auf die Bevölkerung“ der Gemeinden „geltend machen“ werden. Man weiß aus den Zeiten Oesterreichs und Ungarns her, wie diese Einflußnahme betrieben werden soll und was daher vom demokratischen Wahlrecht und

Bombenanschläge gegen belgische Urlauber.

„Schärfste Bergeltungsmahnahmen“ Belgiens.

Duisburg, 30. Juni. (Havas.) Um 2 Uhr morgens explodierte auf der Straße Duisburg-Friemersheim in der belgischen Zone eine Bombe und dies in dem Zuge, in dem sich auf Urlaub fahrende belgische Soldaten befanden. Die Explosion ereignete sich auf der Rheinbrücke. Ein

Waggon wurde vollständig zerstört. Neun belgische Soldaten wurden getötet, 25 verwundet. Die Straße wurde beschädigt. Die Brückenwache wurde durch ein Stück Eisen des zertrümmerten Waggons getötet.

Brüssel, 30. Juni. (Havas.) Nach dem Eintreffen der Meldung über das bei Duisburg verübte Attentat entsandte der Minister für nationale Verteidigung den General Rucquoy dorthin mit dem Auftrage, die schärfsten Bergeltungsmahnahmen in Anwendung zu bringen.

London gegen Poincarés „Deutschland verdient keine Antwort.“

London, 30. Juni. (Havas.) Das Reutersche Bureau meldet, man glaube in maßgebenden Kreisen, daß die belgische Krise nunmehr die Hindernisse beseitigt hat, die sich der Antwort auf den britischen Fragebogen in den Weg gestellt haben. In Großbritannien hofft man, daß jetzt unverzüglich eine

Antwort abgeschickt werden wird, die Hoffnung auf einen endgültigen Fortschritt der Verhandlungen zwischen den Alliierten gewähren würde. Dieselben Kreise sind der Ansicht, daß die deutsche Note eine Antwort verdiene und glauben, daß es den Alliierten gelingen wird, eine gemeinsame Antwort herbeizuführen.

Poincarés waffenstarrer Friede.

Furcht vor Frankreich auch bei der Labour-Party. London, 29. Juni. (Tsch. P.-B.) Die Arbeiterkonferenz hat mit 2.900.000 gegen 800.000 Stimmen eine Resolution abgelehnt, die die Arbeitermitglieder des Parlaments beauftragt, gegen alle Heeres- und Flottenausgaben zu stimmen. Der befremdliche Beschluß erklärt sich aus dem französischen Lufrüstungswahnsinn und der Forderung, ihm gegenüber England wehrlos zu machen. So verwirrt die Tollheit der Kriegsmaschinerie von Paris das klare sozialistische Denken. (D. Red.)

Friedrich Adlers Bericht über Hamburg.

Wien, 30. Juni. (Eigenbericht.) Heute fand hier eine Versammlung der Wiener Vertrauensleute statt, in der Genosse Friedrich Adler über den Hamburger Kongress berichtete. Dabei teilte er mit, daß er anfangs August zunächst auf sechs Wochen nach London fahren werde, um dort das Sekretariat der neuen Internationale einzurichten und daß er bei den nächsten Wahlen nicht mehr an aussichtsreicher Stelle kandidieren werde, sondern höchstens als Ersatzmann, um später einspringen zu können.

von der Freiheit der Wahlentscheidung noch übrig bleibt! Die Vertrauensleute haben auch die eble Aufgabe, die „staatsfeindlichen Elemente“ zu beobachten, woraus hervorgeht, daß die Beobachtung Vertrauensleute nur die verschämte Umschreibung für Spitzel ist. Da Herr Blaha und seine Prager Hintermänner wissen, daß für diese von ihnen geforderte infame Spitzeltätigkeit sich keine freiwilligen Helfer aufreiben lassen, muß der Dispositionsfonds nachhelfen, damit wenigstens bezahlte Kreaturen gewonnen werden, das dunkle Wahlbeeinflussungsgeschäft zu besorgen. So weist denn der Erlaß die Nemter an, die „zu dieser Arbeit erforderlichen Beiträge“ — also aus den Steuergeldern der Bevölkerung stammend! — auszuspenden. Auch der zweite Erlaß handelt von den Dispositionsbeträgen, welche zur Bezahlung der für die „Beobachtung staatsfeindlicher Elemente“ aufgestellten Spitzelbanden notwendig sind. Der dritte Erlaß gibt „nähere Aufklärung“ zu einer „Verordnung C II 1388 präf. 1923“ — es gibt also noch mehr solcher Verordnungen! — die von den Stuhlrichterämtern, wohl weil sie etwas vorsichtig abgefaßt war, nicht recht verstanden worden war. In diesem Erlaß wird Blaha daher deutlicher, damit die Stuhlrichter, die es vielleicht nicht für möglich hielten, ihn nicht weiter mißverstehen. Er will also, daß die Vertrauensmänner angewiesen werden, den zur Zusammenstellung der Wählerverzeichnis nötigen Arbeiten ihre größte Aufmerksamkeit in dem Sinne zu widmen, daß „die staatsfeindlichen Personen in das Verzeichnis eingetragen, die staatsfeindlichen Elemente — man beachte: hier „Personen“, dort „Elemente“! — gestrichen werden. Unter den staatsfeindlichen Elementen will Blaha „Magaziner und fremde Zugehörige“ verstanden wissen und er weist die Stuhlrichterämter in Befehlsform an, „in jedem Falle dafür zu sorgen“, daß die Staatsstreuer „siegen“! Da aber immerhin anzunehmen ist, daß es nicht gelingen werde, in allen

Gemeinden selbst gegen gute Bezahlung Leute für das schmutzige Spitzelhandwerk aufzureiben, so weist Herr Blaha die Stuhlrichter an, in solchen Gemeinden die Funktionen der Vertrauensleute der — Gendarmerie zu übertragen. Er versichert dabei nochmals: „Das nötige Geld wird geliefert!“ Die Geheimerrlässe des Vorsitzenden der politischen Verwaltung von Karpathorussland sind selbst in diesem an Korruptionsaffären wahrlich nicht armen Staate ein unerhörter Skandal. Als man das erstmal den Inhalt der Schriftstücke las, war man geneigt, das ganze für eine plumpe Justifikation zu halten, denn man wollte es nicht recht glaublich halten, daß die Schmach am helllichten Tage sich auf den Marktplay wage; bis man erfuhr, daß die Regierung die Echtheit der Geheimerrlässe zugibt. Die Verteidiger der Politik, wie sie von den Prager Nachhabern betrieben wird, pflegen als Hauptargument für die im Staate angeblühende Demokratie das geltende Wahlrecht ins Treffen zu führen: nun, der Blaha hat dokumentarisch den Nachweis erbracht, daß das fortschrittlichste Wahlrecht eine leere Hülle ist, wenn der Inhalt — der Wille zur Demokratie und ihr Geist — fehlt. Dem Auslande werden die Geheimerrlässe Blahas über die Prager Kultur- und Kolonisationsfähigkeit in Karpathorussland mehr sagen, als es hundert Zeitungs-Propagandaartikel vermöchten. Auch für das Inland wirken die Erlässe als wichtige Erkenntnis. Sie zeigen, wie die Regierung die Wahlen — nicht nur in Karpathorussland — durchzuführen gedenkt, um die schwankende und wankende Koalition zu retten. Der Name Pawelka sollte sie befehren, daß kein Wahsterror auf die Dauer Systeme, die nicht im Willen der Bevölkerung ihre Stütze haben, vor dem Untergang zu schützen vermag. Auch die Blahas werden in der Versenkung verschwinden und übrigbleiben wird nur das Brandmal der Schande, das die Geschichte dem Gewaltssystem ausdrücken wird, das die Blahas möglich machte.

Betriebsausschüsse in Banken.

In dem Schritte der Bankbeamten gegen zwei Banken über die Errichtung von Betriebsausschüssen hat das Oberste Verwaltungsgericht schließlich die Entscheidung getroffen, daß Betriebsausschüsse nicht in Produktionsbetrieben zu errichten sind. Ueber die Bedeutung dieser Entscheidung wird sich sofort klar. Sie trifft nicht etwa bloß die beschwerdeführenden Banken allein, sondern alle nicht erzeugenden Betriebe, daher auch Transportunternehmungen, Versicherungsanstalten, alle Arten von Geschäftsbetrieben, Zeitungsbetrieben und dergl. mehr: mit anderen Worten, es bleiben im wesentlichen nur noch in Fabriken und Landwirtschaftsbetrieben die Betriebsausschüsse übrig, während in allen anderen Betrieben keine Betriebsausschüsse zu errichten, bzw. die bereits errichteten aufzuheben sind. Der Bedeutung seiner Entscheidung war sich offenbar auch das Verwaltungsgericht bewußt, da es sich genügend Zeit zur Ueberlegung genommen hat. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß in der Entscheidung alle nur irgend wie in Betracht kommenden Gesetzesstellen zitiert und schließlich zum Gunsten der Bankbeamten ausgelegt wurden. Die Interpretation des Gesetzes bzw. einzelner Worte erfolgte in einer engherzigen Art, wie wir sie von Verwaltungsgerichten nicht gewohnt sind. Bei der Umgehung der Paragraphen 2 und 3 des Gesetzes (insbesondere bei dem Bericht ganz bedenklich).

Paragraph 1 bestimmt: „Ein Betriebsausschuss wird für jeden selbständigen erwerbstätigen Betrieb errichtet, in dem dauernd (ganzzährig) mindestens 30 Arbeitnehmer beschäftigt sind und der wenigstens ein halbes Jahr seit Aufnahme der Erzeugung besteht.“ Der Nachdruck ist offenbar darauf zu legen, daß Betriebsausschüsse in jedem selbständigen erwerbstätigen Betriebe zu errichten sind, doch muß zugegeben werden, daß im Nachhinein unvorsichtigerweise die Bemerkung „seit Aufnahme der Erzeugung“ statt „seit Aufnahme der Tätigkeit“ gebraucht wird. Auf diese unheimliche Ausdrucksweise des Gesetzes stützt sich nun die Entscheidung, welche daraus folgert, daß die Erzeugung nur in einem erzeugenden Betriebe aufgenommen werden könne. Nur in einem Produktionsbetriebe seien also Betriebsausschüsse zu errichten. Schon Absatz 2 desselben Paragraphen bringt eine teilweise Verbesserung, indem er erklärt, was unter einem Betriebe und nicht bloß, was unter einem Produktionsbetriebe zu verstehen ist. Doch ist die Korrektur nicht vollständig, da zugleich auch die Definition gegeben wird, was unter einem selbständigen Betriebe zu verstehen ist.

Paragraph 2 aber fährt fort: „In Eisenbahnunternehmungen behalten die bisherigen Vertrauensmännerratsausschüsse weiter ihre Funktion.“ Eisenbahnunternehmungen in welchen schon Vertrauensmännerratsausschüsse bestehen, sind also von der Errichtung der Betriebsausschüsse ausdrücklich ausgeschlossen. Warum schließt man Transportunternehmungen aus, wenn das Gesetz sich ohnehin nur auf Produktionsbetriebe beziehen soll? Wir suchen vergeblich nach einer Begründung, bis uns das Verwaltungsgericht auf die Spur hilft: Paragraph 2 schließt die Eisenbahnunternehmungen gar nicht aus. Paragraph 2 steht ganz unabhängig (koordiniert) neben dem Paragraph 1 und enthalte lediglich besondere Bestimmungen über Eisenbahnen, deren Vertrauensmännerratsausschüsse eine gesetzliche Grundlage gegeben werden sollte.

Aber die klare Textierung des Paragraph 2 und insbesondere seine Stellung im Gesetze macht denn doch das Verwaltungsgericht stutzig. Wie hilft es sich? Wenn schon das Gesetz Eisenbahnunternehmungen von der Errichtung der Betriebsausschüsse ausschließt und damit zu erkennen gebe, daß sonst auch in Transportunternehmungen Betriebsausschüsse zu errichten wären, so sei damit noch lange nicht gesagt, daß auch in anderen Betrieben, insbesondere in Geschäftsbetrieben, Betriebsausschüsse zu errichten seien. — Im übrigen „forscht“ das Verwaltungsgericht vergebens nach Stellen, welche darauf hindeuten könnten, daß das Gesetz die Errichtung von Betriebsausschüssen auch in Banken wünsche.

Auch über den Paragraph 3 kommt das Gericht nicht leicht hinweg: In Unternehmungen, die Handelsbücher führen und wenigstens 300 Arbeitnehmer oder fünfzig Angestellte beschäftigten, kann der Betriebsausschuss verlangen, daß ihm alljährlich die Bilanz vorgelegt werde. Hat die Unternehmung also wenigstens 300 Arbeiter oder wenigstens 50 Angestellte (zum Unterschiede von Arbeitern), so stehen den Betriebsausschüssen besondere Rechte zu. Sehen wir in der Begründung zu den Betriebsausschüssen nach, so finden wir auch leicht die Erklärung: Das Gesetz denkt daran, daß Unternehmungen, in welchen wenigstens 50 Angestellte sind, insbesondere Geldinstituten

ute, zur Vorlegung der Bilanz verpflichtet sind. Das bedeutet noch gar nichts, meint dazu das Oberste Verwaltungsgericht und bringt eine schwer verständliche Erläuterung, indem es den Paragraph 5 umgibt und den Paragraph 7 interpretiert. Was aber die Motivenberichte, Verhandlungen im Parlament, kurz die Aeußerungen der gesetzgebenden Faktoren anbelangt, so sei darauf hinzuweisen, daß die Ansicht des Gesetzgebers zu den einzelnen Kundgebungen nicht festgestellt werden könne und daß die gesetzgebenden Faktoren sich einig und ausschließlich zum Gesetze äußern selbst äußern. Mit dem Verwaltungsgerichte nicht bekannt, wie häufig schon Motivenberichte vom Gesetzgeber abgeändert wurden? Im Anschlusse an diese Ausführungen gibt nun das oberste Verwaltungsgericht den Gesetzesverlogen, Motivenberichten, Ausschlußberichten, stenographischen Protokollen, und dergl. eine Stellung, die das Studium derselben in Zukunft als vollkommen überflüssig erscheinen läßt. Das Gericht vertritt ganz, welche Sorgfalt in Oesterreich auf jedes Wort des Gesetzeswortes verwendet und in welchen Redeschwall heute auch die wichtigsten Gesetzesparagrafen ausarten. Eine solche „gründliche“, in Willkür über die Gesetze wie engberzige Interpretation einzelner nachlässig gewählter Worte, kann nur zu den unmöglichsten Auslegungen auch der wichtigsten Gesetze und in der Folge zu einer allgemeinen Rechtsunsicherheit führen. Sind schon einzelne Bestimmungen des Gesetzes unklar oder gar sinnlos, so muß das Gericht nicht bloß die vom Obersten Verwaltungsgerichte beiseite geschobenen Hilfsmittel benutzen, sondern nötigenfalls noch viel weiter gehen, etwa auf die zur Zeit der Gesetzgebung herrschenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, ja selbst auf die Vorlagen zur Gesetzesvorlage (österreichische und reichsdeutsche Vertriebsräte) zurückgreifen, um so eine befriedigende Erklärung seiner Entscheidung zu finden. Dann hätte es beim Vertriebsrätegesetz nie dazu kommen können, daß das Oberste Verwaltungsgericht behauptet: „Es ist nicht ganz leicht (?), den legislativen Grund herauszufinden, warum in der Frage der Errichtung von Vertriebsrätsämtern ein Unterschied zwischen Produktionsbetrieben und Nichtproduktionsbetrieben gemacht wird.“

Und die Folge der Entscheidung? Wir haben zwar ein Vertriebsrätegesetz, aber eigentlich keine Vertriebsräte. Wer könnte daran zweifeln, daß der Gesetzgeber, wer immer auch als solcher bezeichnet werden mag, Vertriebsrätsämter in Handelsunternehmungen nicht zu errichten wünschte? Das Verwaltungsgericht aber spricht den gesetzgebenden Faktoren die Fähigkeit ab, seinen Willen verständlich zu machen. In der Geschichte der Entwicklung, welche die Vertriebsrätsämter nehmen sollen und auch nehmen werden, wird das Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes einen recht traurigen Platz einnehmen. Es wird sich beim Obersten Verwaltungsgerichte auch kaum ein zweiter Senat finden, der diese verunglückte Entscheidung befähigt. Mit aller Bescheidenheit wird es daher nötig sein, die Frage dem Obersten Verwaltungsgerichte neuerlich zur Entscheidung vorzulegen. D. P. G.

Die Konfisationspraxis.

In den letzten Tagen fiel unser Aufriger Partisan einer so willkürlichen und ungeschicklichen Beschlagnahme zum Opfer, daß die Verfügung vom Leitmeritzer Kreisgericht aufgehoben werden mußte, entgegen der sonstigen Praxis der Gerichte, jede Konfisation zu befehlen. Das „Volkrecht“ hat nämlich am 7. Juni d. J. eine Notiz über den Krach der deutschen Bank in Reichenberg gebracht; der

Jensur konfizierte das Blatt unter Berufung auf Paragraph 18 des Gesetzes zum Schutz der Republik, der die Verbreitung unwarer Nachrichten ohne zureichenden Grund, sie für wahr zu halten, unter Strafe stellt. Da unseren Genossen der Nachweis gelang, daß gemäß dem Beschlusse der Leitung der Bank vom 5. Juni 1928 bereits am 6. Juni 1928 beim Kreisgericht Reichenberg der Antrag auf Eröffnung des Ausgleichsverfahrens gestellt wurde, sowie daß bereits am 6. Juni Nachrichten des gleichen Inhaltes in Prager Blättern erschienen waren, mußte das Gericht dem Einspruch stattgeben, mit der Begründung, daß der beanspruchte Artikel nichts anderes enthalte, als Ausführungen, die den Tatsachen entsprechen.

Dieser Fall ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Er zeigt nicht nur, wie gewissenlos und willkürlich die Zensurbehörden im allgemeinen und der Aufriger Jensur im besonderen vorgehen gewohnt sind, sondern zwingt auch, darauf hinzuweisen, daß in diesem Falle die Konfisation selbst dann unzulässig gewesen wäre, wenn die Nachricht nicht der Wahrheit entspräche hätte, weil der zu ihrer Begründung herangezogene Paragraph 18 des Schutzgesetzes überhaupt nicht die Grundlage für eine Beschlagnahme und ein Verbotserkenntnis im sogenannten objektiven Verfahren abgeben kann.

Das objektive Verfahren besteht darin, daß der Staatsanwalt, auch wenn er gegen keine bestimmte Person eine Anklage erhebt, also kein subjektives Strafverfahren einleitet, begehrt, daß das Gericht darüber erkenne, ob der Inhalt einer Druckschrift eine strafbare Handlung begründe und daß es in diesem Falle das Verbot der weiteren Verbreitung der Druckschrift ausspreche. In diesem objektiven Verfahren gibt es keine Beweisaufnahme, über einen solchen Antrag erkennt vielmehr das Gericht in nicht öffentlicher Sitzung. Es kann daher in diesem Verfahren nur solche Tatsachen zur Grundlage seiner Entscheidung machen, die aus der ihm vorliegenden Druckschrift allein hervorgehen. Es kann also, wenn zum Beispiel in der Druckschrift zum Morde aufgereizt wird und diese Anstiftung zum Morde aus der Druckschrift mit Evidenz hervorgeht, ihre Verbreitung verbieten.

Ganz anders aber im vorliegenden Fall. Das Gesetz bedroht jenen mit Strafe, der eine unwahre Nachricht, ohne zureichende Gründe, sie für wahr zu halten, öffentlich mitteilt oder auf andere Art verbreitet. Tatbestandsmerkmal ist hier also nicht die Verbreitung einer unwahren Nachricht überhaupt, sondern nur dann, wenn sie ohne zureichende Gründe, sie für wahr zu halten, erfolgt. Im objektiven Verfahren könnte wohl festgestellt werden, ob die Nachricht wahr oder unwahr ist; die gerichtliche Feststellung, ob der Täter Gründe hatte, sie für wahr zu halten, wird wohl ohne Zeugen- und Urkundenbeweise, ja ohne Einvernahme des Betroffenen nicht zu erbringen sein. Beschlagnahme können nur solche Druckschriften werden, die einen strafbaren Inhalt aufweisen. Da die Strafbarkeit der Verbreitung einer unwahren Nachricht von subjektiven, in der Person des Täters liegenden Momenten abhängt, kann daher eine auf Grund des Paragraph 18 des Schutzgesetzes erfolgte Konfisation im objektiven Verfahren nicht gerechtfertigt werden. Dies muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, wobei darauf hingewiesen werden kann, daß dies nicht etwa bloß die Anschauung eines Arbeiterblattes ist, sondern daß der L. ö. österreichische Kassationshof, den man revolutionärer Umtriebe wohl nicht verdächtigen wird, in seiner Jubiläumrede zum Paragraph 18 des Schutzgesetzes erschien Paragraph 308 des Strafgesetzes den gleichen Standpunkt vertreten hat.

Inland.

Das Eingeständnis des Mißerfolges. Wie oft haben die deutschen Sozialdemokraten darauf hingewiesen, daß das Ende unserer Handels- und Finanzpolitik ein bitteres sein wird, daß unsere Finanz- und Handelspolitik geeignet ist, die Entwicklung des Staates auf Jahrzehnte lang zu hemmen und Not und Elend über die breitesten Schichten der Bevölkerung zu bringen. Nunmehr kommen auch tschechisch-bürgerliche Volkswirtschaftler zu der von uns schon längst vertretenen Einsicht. So schreibt in der Lidove Roviny“ Dr. Sotovec über die verachtete Politik der tschechischen Staatsmänner: „Mit dem Glauben ist auch der Respekt zu uns geschwunden. Die Maßnahmen Ungarns und Rumaniens kann man wenigstens nicht anders auslegen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben uns durch ihr Automobilgesetz das Stigma auf unsere Stirn gedrückt. In Holland ist die gesamte Öffentlichkeit gegen die Ratifizierung des tschechoslowakisch-holländischen Handelsvertrages. Die Schwierigkeiten der Verhandlung mit Frankreich sind bekannt. Belgien hat uns offen unter einem unberechtigten Vorwand und in einer ungewöhnlich schroffen Form den Zollkrieg erklärt. Es waren wenige, die vor einem Jahre vor diesem Ende warnten und bewiesen, daß es ein Irrtum ist, wenn man glaubt, die Abschließung würde unserer Erzeugung. Um Gegenteil: In ihren Auswirkungen bedeutet sie Untergang. Wir sind nicht in der Welt allein, wir sind vom Ausland abhängig, als das Ausland von uns. Wir können nicht eine großmännliche Politik treiben. Wir haben das größte Interesse an einer Verbindung der Staaten der Kleinen Entente und am Osten. Die Folgen der Deflationspolitik, das Sinken der Produktion, die Arbeitslosigkeit, der Verfall der Industrie und das Verhalten der Regierung in den letzten Bankaffären haben das Urteil des Auslandes über uns noch verschärft. An der Größe unseres Außenhandels und an einer großen Aktivität seiner Bilanz hängt bei uns alles. Erzeugung, Arbeit, Wohlfahrt, Währung, ja Existenz des ganzen Staates. Das ist nicht die Sache einer politischen Partei, eines Standes oder einer Klasse. Das ist Sache einer ausschließlich objektiven und überlegenden wirtschaftlichen Erwägung.“ So also spricht der gewesene Handelsminister des Staates. Ein Minister, der eben wegen dieser seiner Ansichten vor Jahren sein Amt verlassen hat. Die Ereignisse der letzten Zeit haben so wie vielen anderen, die auf die Verderblichkeit der experimentellen Politik der tschechischen Regierungen hinweisen, auch dem Dr. Sotovec recht gegeben.

Die Sozialversicherung und die tschechischen Nationalsozialisten. An der Sitzung des Abgeordnetenhauses, der die Sozialversicherung vorgelegt wurde, hat der tschechische sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Leo Winter, der als Autor der Vorlage bezeichnet wird, nicht teilgenommen, was allgemein auffiel. Das „Pravo Lidu“ schrieb, daß Dr. Winter bis zu einem gewissen Maße von den politischen Verhandlungen, die in den letzten Tagen über die Sozialversicherung in der Koalition geführt wurden, enttäuscht wurde. Das Blatt bezeichnet den Grund, warum Winter an der letzten Sitzung des Hauses nicht teilnahm, in folgender Weise: „Es geht darum, daß die Sozialversicherungsvorlage von der ganzen Regierungskoalition angenommen werde. Wir waren uns dessen bewußt, daß wir bestimmte Konzeptionen erteilen müssen, aber wir haben uns plötzlich im Kampfe allein befunden. Die tschechischen Nationalsozialisten haben sich als unverlässlich gezeigt, und standen nicht mit uns in einer Linie. Wir wußten, daß die Nationaldemokraten, Merkita-

ten und Agrarier auf dem weiteren Fortbestand der Beamten-, Genossenschafts- und landwirtschaftlichen Krankenkassen bestehen werden. Wenn wir die Unterbreitung der Regierungsvorlage nicht fördern wollten und so ihre Geschwörung nicht auf die lange Bank schieben wollten, müßten wir an Stelle der ursprünglichen Bestimmung (über das einheitliche Bezirksversicherungsinstitut) die neue unbestimmte Angabe aufnehmen.“ Es haben sich also, wie aus diesen Zeilen des „Pravo Lidu“ hervorgeht, die tschechischen Nationalsozialisten wie so oft, auch hier wieder einmal in ihrer ganzen Herrlichkeit als Vertreter des speziellen „tschechoslowakischen“ Sozialismus, auf den sie so stolz sind, gezeigt.

Ausland.

Die Patentkreuzflotte.

Die deutschvölkische Koalition stinkt immer mehr dem Himmel. Am Dienstag erklärte Herr v. Graefe in einer deutschvölkischen Versammlung der Partei, daß es eine „verbrecherische Unterstellung“ sei, die deutschvölkische Freiheitspartei mit der mecklenburgischen Nordsee in Zusammenhang zu bringen. Herr Wulle bestätigt diese Verlogenheit in der Donnerstagsmorgenausgabe des „Deutschen Tageblatt“, versucht aber gleichzeitig das Verbrechen seines Anhangs verständlich zu machen und die maßgebenden Persönlichkeiten der deutschen Republik als die intellektuellen Urheber deutschvölkischer Missetaten hinzustellen. Schneller als die Herren gedacht haben, werden ihre verlogenen Angaben aufgedeckt; die beiden Spezialadjutanten des Oberleutnants Koffbach sind am Dienstag in der Hofbuch-Zentrale in Wannsee verhaftet und in das Gefängnis des Berliner Polizeipräsidiums eingeliefert worden. Ihre Vernehmung bestätigte den bringenden Verdacht, daß sie einem der Mordteilnehmer nach Begehung der Tat eine Unterkunft vermittelt und 30.000 Mark Reisegeld gegeben haben. Der eine der Verhafteten namens Richter bestellte den betreffenden Mordteilnehmer zur Entgegennahme des Geldes in das frühere Bureau der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Berlin, Dessauerstraße Nr. 5, und bewies ihn wegen eines weiteren Untertommens an einen bekannten Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Hannover.

Damit sind die Behauptungen der Rechtspreffe, daß irgend eine politische Organisation nichts von der Mordtat in Mecklenburg gewußt hat, hinfällig und der Paraword findet seine Bestätigung als politische Verbrechen. Aber auch noch in anderer Hinsicht wirkte die Vernehmung der Koffbach-Adjutanten aufklärend. Bekanntlich wurde auf Anordnung des preussischen Innenministers das Bureau der Deutschvölkischen Freiheitspartei nach deren Auflösung geschlossen. Damit beschäftigte sich auf Grund des Gesetzes der deutschvölkischen Abgeordneten der Verfassungsausschuß des Reichstages. Auf die Zurechen des deutschen Volksparteilers Dr. Kahl beschloß er, Herrn Wulle drei Zimmer für seine „parlamentarischen Arbeiten“ zur Verfügung zu stellen. Welcher Art diese „parlamentarischen Arbeiten“ sind, ist jetzt bewiesen. Sie dienen der Vorbereitung und der Unterstützung von Mordtaten!

Poincaré als Schützer der deutschen Schieber.

Herr Poincaré bewillt sich erneut, im Kampfe gegen die deutsche Mark nicht hinter dem deutschen Schieber- und Spekulantentum zurückzutreten. Schon bei der Auflegung der Dollaranleihe hat der Vertreter Frankreichs in der Reparationskommission gegen die Zulässigkeit dieser Anleihe Einspruch erhoben und da-

Leonore.

Tragikomödie in acht Szenen von Ernst Weiß. Uraufführung an der Prager „Kleinen Bühne“ am 30. Juni.

Die bisherigen Leistungen des Dichters Ernst Weiß, der in den Romanen „Die Galeere und Franziska“ Werke von Kraft und Eigenart geschaffen hat, gebieten es, über diese seine neueste Dichtung mit Sachlichkeit und ruhigen Mutes zu schreiben, aber leicht fällt es nicht, so sehr häufen sich die Verzerrungen in Charakterzeichnung, Sprache und Leitmotiven. Die Handlung spielt eigentlich zwischen Leonore, dem genialen Chemiker Edgar und dem nicht minder genialen Bankstrategen Witte; Wittes auf Zärtlichkeit gestimmte Schwester René und deren späterer Gatte, der Arzt und Heilmittler Frankenschuß, treten aus den Nebeln karikiertem Verallgemeinerung überhaupt nicht hinaus.

Edgar hat Leonore, die Schauspielerin aus bürgerlichem Hause, begehrt; was sie zu ihm getrieben hat, mag von Anbeginn die Sehnsucht nach Mutterchaft gewesen sein und er ließ sich von ihr als Erzeuger nehmen. Aber ihre Schwangerschaft und die damit verbundenen Kosten schrecken ihn, er braucht sein gesamtes Geld zu neueren Versuchen, die der Verteilung flüssiger Kohle gelten. Während sie bei Frankenschuß weilt, um endgültig zu hören, ob ihre Mutterchaftsannahme sie trüge oder nicht, bittet Edgar seinen Jugendfreund Witte, ihn in seinem großen wissenschaftlichen Unternehmen zu unterstützen, Witte wieder will von Edgar hören, was es zwischen ihm und Leonore gegeben hat, denn er selbst, der Panther, gedenkt sie zu seiner Gattin zu machen und von dem Vorurteil, nur eine Unberührte zur Frau haben zu wollen, weicht er sich frei. Zu diesen beiden Gesprächsthemen tritt als drittes eine telefonische Unterredung über

Vankurse, das Ergebnis der halben Worte und gereizten Entgegnungen ist, daß Witte das für Edgars Forschungen notwendige große Darlehen ablehnt und sich von Leonore vor den Kopf gestoßen glaubt.

Denn während er nebenan am Telefon über Kurse verhandelte, ist Leonore vom Arzt zurückgekehrt, hat Edgars Hoffnung, sie sei nicht schwanger, zerstört und erhält von ihm, all ihren Beschwörungen und Demütigungen zu trotz und wie sehr sie auch mit der Kraft einer Löwin die werdende Frucht ihres Leibes, ihrer Sehnsucht verteidigt, den unerbittlichen Befehl, ihr Kind durch Abtreibung zu ermorden. Als unmittelbar darauf Witte um ihre Hand anhält, sagt sie ihm nur immer wieder wie irrsinnig: „Sprechen Sie, sprechen Sie...“ und eilt fort, nichtsdestoweniger heiratet er sie in der Pause zwischen dem ersten und zweiten Akt. In der gleichen Pause hat Dr. Frankenschuß sie operiert und Witte über Leonores Vetreiben das Unternehmen, dessen Chefchemiker Edgar ist, ruiniert, vor ihrem infernalischem Hof, den die dritte Szene zu illustrieren hat, muß er, der Mörder ihres Kindes, aus der Stadt weichen.

Als er nach zwei Jahren zurückkehrt, findet er Leonore als von Glanz und Reichtum umgeben, doch seelisch leergebraunte Frau, denn Witte vermag sie nicht zur Fruchtbarkeit zu erlösen. Das kann nur Edgar und deshalb zwingt sie ihn mit allen Verführungskünsten und in einer Szene, die dem Drama den Beifall jedes Lebemanns von vierzehn bis siebzig Jahren sichert, zum Beischlaf. Wir dürfen noch sehen, wie sie ihr Kleid vom Leibe reißt, dann aber fällt der Vorhang glücklicherweise doch. Ihr verändertes Benehmen und ihre betonte Zärtlichkeit lassen Witte all seiner Vorurteilslosigkeit trotzig doch Unheil wittern, er will sich von einem ihm bloß unterschobenen Kinde als Erben nicht sein Vermögen fehlen lassen und deponiert deshalb Leonore in Edgars Wohnung. Dieser ist in

seinen Forschungen schon viel weiter gekommen, äußerster Sparsamkeit hat ihm die Mittel zu den kostspieligen Versuchen schaffen müssen und nun plötzlich legt sich ihm Leonore auf die Tasche und sogar in sein eigenes Bett, dessen er, der Lungenkranke, doch so dringend bedarf. Sein Streben und Hoffen ist zu Ende, Leonore weicht es, aber sie fühlt sich im Recht. Denn wenn auch wider Willen und durch Verführung bezwungen, ist er doch der Vater ihres Kindes und für das leimende Leben darf eine Mutter alles fordern.

Wie sehr Ernst Weiß dieses Gebot der Natur und Menschenspflicht durch den von ihm konstruierten Fall verhöhnt, scheint er selbst nicht zu merken, sonst hätte er, nachdem er schon der Mutterchaftssehnsucht Leonores so seltsame Gestalten verliehen, nicht auf den Einsall kommen können, auch ihren wutterchaftsdegoismus in die rohesten und verlegendsten lächerlichen Formen zu kleiden und uns nichts von Opferwillen in ihr merken zu lassen — es sei denn, daß wir Fußbodenwachen und Küchebefolgen aus dessen Ausfluß gelten lassen wollten. Der elementare Drang, den das Stüd verkörpern soll, verlangt von seiner heißen Befürmerin Heroismus auch gegen sich selbst — Leonore bleibt fast bis ans Ende in Brutalität, Kleinbürgerlichkeit und Hysterie befangen, und wenn sie zum Schlusse an der Leiche Edgars, den sie durch Entbehrungen und Kälte getötet hat, ihr Kind in sich als Sühnopfer ihrer Tat absterben fühlt, tritt zu der Hysterie ganz folgerichtig noch die Zwecklosigkeit all ihres Tuns hinzu.

Ein großes Thema — das Verlangen des Weibes nach dem Kinde, koste es, was wolle — so äußerlich und unwahrhaftig zu behandeln, kommt einer Blasphemie gleich und das betont „Moderne“ der Charakterzeichnung, diese trotz aller Lärmens starren und unmodellierten gesellschaftlichen Masken, steigert das Gefühl, daß hier etwas Ewiges im Menschen theatralisch entweicht wird, ins Unerträgliche. Aus der fargen und

übertreibenden, im Grunde also karikaturistischen Linienführung glaubt Weiß das Recht ableiten zu dürfen, seine „Leonore“ eine „Tragikomödie“ zu nennen. Er irrt. Es ist lediglich ein Stüd, das überall dort, wo es tragisch sein möchte, wider Willen ins Komische umschlägt. Die Ahnung dieses Tatbestandes, die sich im Untertitel ausdrückt, hätte dem Dichter genügen müssen, um das mißratene Werk in seiner Laide zu behalten.

Den letzten Rest von Komödie nahm die Ausführung dem Stüde, indem sie die läppischen Frankenschußszenen strich und so acht auf sieben Szenen reduzierte; durch den Fortfall der Entkleidungsszenen kamen die Lebemannner weniger auf ihre Rechnung. Daß der Unnatür des Wertes gingen alle Darsteller wohl oder übel auf den Stelzen eines krankhaft aufgereizten Pathos einher, doch innerhalb dieses Bezirkes der Künstlichkeit leisteten sie Vortreffliches. Namentlich Rachel Sanjara als Leonore zog alle Register der Druß, der vollen Hingabe an ihren Mutterberuf, und der dämonischen Manie, ihre Sprachkunst und -disziplin, die Beherrschung des Tempos und des Tones können imponieren. Friedrich Höllins Edgar war in seinem Egoismus und in der Vernichtung durch das Weib überzeugend, der Bankiers Heims so stahlhart, wie er es dem Wissen des Autors nach zu sein hat. Auch der Kadisch Annita Schmidts verdient ein freundliches Wort und ebenso das Publikum, das bis zum fünften Bilde eine Ruhe bewahrte; daß es just Beifall klatscht, als die Mutterchaftskritikerin statt sich arroh auf sich selber zu stellen, zur Expreßerin wird, sei ihm als vorübergehende Verirrung verziehen. Es ist zu wünschen, daß diese dramatische Profanierung eines Gefühls, das als einer der Hauptbebel menschlicher Entwicklung zu hoch steht, um artistisch mißbraucht zu werden, möglichst bald von der Bühne verschwinde.

Dr. Alfred Kleinberg.

durch den deutschen Drückbergern, die Dollarschwarzweisungen zu zeichnen in der Lage gewesen wären, einen willkommenen Vorwand geliefert, dies nicht zu tun. Jetzt ist ein ähnlicher Schritt erfolgt und in die Tat umgesetzt worden. Die internationalisierte Rheinlandkommission, die bekanntlich nur noch in Abwesenheit der Vertreter Englands, Italiens und Amerikas Wehrheitsbeschlüsse fasst, hat die Durchführung der jüngsten Devisenverordnung für das altbesetzte Gebiet unter sagt und angeordnet, daß Zuwiderhandlungen von Banken und Privatpersonen nicht bestraft werden dürfen. Die Besatzungsbehörden der neubesetzten Landesteile haben sich diesem Schritt für das Einbruchgebiet angeschlossen. Die Regierung kann natürlich trotzdem ihrer neuesten Verordnung gegen die Devisenspekulation auch im besetzten Gebiete Geltung verschaffen, denn sie hat vor allem gegen widerständige Bankinstitute Mittel zur Hand, die auch im besetzten Gebiet und trotz des Schutzes fremder Militärs ihre Wirkung nicht verfehlen würden.

Wie beivuhrt die Besatzungsbehörden nach Weisung aus Paris systematisch auf den weiteren Verfall der deutschen Mark hin arbeiten, ergibt sich auch aus ihrer zielbewußten Fortsetzung der Verabundung der Reichsbankstellen im besetzten Gebiete. Vor wenigen Tagen pfänderten die Franzosen aus dem Tresor der Reichsbankstelle Mülheim (Ruhr) 7 Milliarden Mark; am gleichen Tage raubten sie auf der Reichsbanknebenstelle Oberhausen 28,4 Millionen Mark. Damit haben sie allein der Reichsbank rund 100 Milliarden Mark entwendet. Daneben beivuhren sie auch weiterhin sich bietende Gelegenheiten, um in Druck befindliches deutsches Papiergeld selbst herzustellen und sich so der völkerverdammlichen Geldfälschung schuldig zu machen. So zwangen sie vor wenigen Tagen Druckerarbeiten in Mülheim, deutsches Papiergeld für sie zu nummerieren und zu schneiden, um diese Fälschungen dann für eigene Rechnung in Umlauf zu setzen.

Gute Parteiarbeit in Sachsen.

Auf einer Bezirkskonferenz der Vereinigten Sozialdemokratie Ost Sachsens, also der Landesteile, die sich von Dresden bis an die Grenze der Tschechoslowakei hinziehen, wurde im Geschäftsbericht eine sehr erfreuliche und auherst rege Tätigkeit der Organisationen festgestellt. Nach der Verschmelzung mit der unabhängigen Sozialdemokratie entwickelte sich eine rasche Aufwärtsbewegung in der Partei und es wurden Gebiete bearbeitet, die früher wegen Mangels an Kräften nicht in Angriff genommen werden konnten. Die Erfolge sind zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß überall Parteisekretäre angestellt wurden, die die großen finanziellen Aufwendungen durch Mitgliederwerbung und Ausbau der Parteikörperschaften wieder weitmachten. Beim Landtagswahlkampf gelang es allein in Ost Sachsen ein Mandat zu erringen, wodurch die reine sozialistische Regierung möglich wurde. Der Mitgliederstand betrug am 1. April 1922: 40801 männliche, 6383 weibliche Mitglieder. Am 1. März 1923 dagegen 64538 männliche und 10651 weibliche, also eine Zunahme von 23737 männlichen und 4268 weiblichen Mitgliedern. Die Zahl der Ortsvereine stieg von 324 auf 418. In den Gemeinde- und Stadtverwaltungen sitzen insgesamt 3038, darunter 31 weibliche, sozialistische Vertreter.

Von besonderer Wichtigkeit für die Organisation ist das im letzten Jahre gründlich ausgearbeitete Betriebsvertrauensmännersystem. In 521 größeren Betrieben sind politische Betriebsvertrauensmänner vorhanden, die an der Arbeitsstätte wertvolle Zusammenarbeit für die Partei verrichten. Für die Privat- und Staatsbeamten wurden Beamtenausschüsse und Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen die Beamtenkategorien einzeln zusammenschlossen sind. Diese neuen Organisationen wirken ähnlich wie die Betriebsvertrauensmänner. Sie haben besonders bei der Landtagswahl gute Aufklärungsarbeit für die Partei geleistet. Ein neues Gebiet, die Arbeiterwohlfahrtspflege, ist in den Arbeitsplan der Partei und der Sekretariate aufgenommen und damit die bürgerliche Wohlfahrtspflege, die die Armen politisch beeinflusste, zum Teil unterbunden worden. Die Zahl der Ortsgruppen der Arbeiter-Jugend stieg von 81 auf 98 und deren Mitgliederzahl von 4300 auf 5200. In kurzer Zeit wurden für ein neues Zeitungunternehmen, das in Lobau in der Lausitz seinen Sitz haben soll, die nötigen Gelder durch Anleihen aufgebracht. Im neuen Jahre wird das neue Blatt im eigenen Grundstift herausgegeben werden.

Der Vorsitzende des deutschen Parteivorstandes, Genosse Cio Wels, hielt auf der Konferenz ein Referat über die innere und äußere politische Lage, in dem er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß es gelingen werde, Deutschland das Ruhrgebiet zu erhalten. Es müsse aber eadlich zu Verhandlungen kommen, bis zu denen allerdings der passive Widerstand fortgesetzt, der Wahnsinn des aktiven Widerstandes aber gebrochen werden müsse. Darin stimmen ihm die Delegierten lebhaft zu und verlangten, daß die sozialistische Reichsregierung die Regierung mit allem Nachdruck veranlassen müsse, gegen den aktiven Widerstand aufzutreten. Weiter wurden Klagen erhoben darüber, daß in außerparlamentarischen Parteikreisen und Parteibürokratie die politische Lage in Sachsen falsch beurteilt und daß versucht werde, die sächsische Politik zu beeinflussen. Das Zusammengehen mit den Kommunisten in Sachsen habe hauptsächlich darin seinen Grund, daß eine Reihe von Gesetzen im Landtage verabschiedet würden.

Die Halentrenzer morden ihre eigenen Leute.

Der Häuptling der „Tscheta“ verhaftet.

Berlin, 30. Juni. (Eigenbericht.) Der Würder des Studenten Baur in München, der Student Schwengauer, hat bei seiner bisherigen Vernehmung den Privatdozenten Doktor Ruge so hart belästigt, daß jetzt dessen Verhaftung erfolgt ist. Ruge gehört zu den Führern der antisemitischen und deutschvölkischen Bewegung.

Baur war sein Privatsekretär und Leiter der von ihm eingerichteten „Tscheta“. Es besteht der Verdacht, daß Baur wegen angeblicher Anzuchtigkeit von sogenannten Aktivistin bestraft wurde und daß Ruge seine Hand im Spiele gehabt hat.

Budgetchaos in Berlin.

Berlin, 30. Juni. (Tsch. P. S.) In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde im letzten Augenblicke der ganze Haushaltsplan, um den schon seit Wochen heftig gestritten worden war, zu Fall gebracht. Bei der Abstimmung über die von den Sozialdemokraten geforderte Geldentwertungsklausel auf die bisher noch gleitenden Tarife festgelegte Steuern unterlagen die Rechtsparteien einer aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Zentrum und einigen Demokraten bestehenden Mehrheit, worauf die Rechtsparteien mit Unterstützung der Kommunisten (!) alle Steuerentwürfe, besonders die Gewerbebetriebe- und Lohnsummensteuer ablehnten. Dadurch ist der Etat gescheitert und ein gewisses Chaos entstanden.

Mussolinis Sklaventum — das Ideal eines „freien Amerikaners.“

Rom, 30. Juni. Bei einer Feier der italienisch-amerikanischen Vereinigung hielt der amerikanische Vorkämpfer Child eine Rede, in der er erklärte, während der letzten acht Monate habe Italien in außerordentlicher Weise zum Fortschritt der ganzen Welt durch die Aufrichtung der Ideale menschlichen Mutes, der Disziplin und des Verantwortlichkeitsgefühles beigetragen. Wer sich, sagte Child, auf sich selbst stellt, erweist der Menschheit größere Dienste als derjenige, der das Heil von andern und von unerfüllbaren Plänen eine neue soziale Struktur der wirtschaftlichen und internationalen Interessen erwartet. Ich bin überzeugt, daß das Verantwortungsgefühl und Vertrauen in sich selbst wie auch in die eigene Nation wichtiger ist, als alle Theorien. Einige Völker, wie zum Beispiel die Italiener und die Amerikaner beginnen sich davon zu überzeugen, daß die Theorien über die menschliche Verbrüderung, obwohl sie so leicht Gefolgschaft finden, auf der Unkenntnis der Wirklichkeit beruhen. Eine Zusammenarbeit zwischen den Völkern ist nur dann möglich, wenn diese stark sind, eine starke Nation aber kann nur von starken und guten Bürgern gebildet werden.

Zur Kritik des Schulreformvorschlages.

II.

Außer dem Auftrag des Genossen Polach erhielten wir auch vom Genossen J. Ruff, Fachlehrer in Teplitz, den folgenden Artikel, der sich, zum Teil von anderen Gesichtspunkten aus, mit dem gleichen Thema beschäftigt. Wir behalten uns vor, in einem eigenen Artikel zu den Ausführungen beider Genossen Stellung zu nehmen. D. Red.

Zweck der nachstehenden Ausführungen ist, die Reformpläne vom sozialistischen Standpunkte zu beleuchten, ohne aber auf alle Einzelheiten des Vorschlages einzugehen. Nach dem Entwurfe erhalten die Volksschulen Abschlusklassen für jene Schüler, die keine höhere Schule mehr besuchen. Der Gedanke ist durchaus zu begrüßen. Die Abschlusklassen ermöglichen dem aus irgendeinem Grunde zurückgebliebenen Kinde die nochmalige Durcharbeitung des Volksschulstoffes und werden mehr Nutzen stiften, als wenn das Kind wie bisher gezwungen war, entweder die letzte Volksschulklasse zu wiederholen oder dann aus der 1. Klasse der Bürgerschule auszutreten.

Die Gleichstellung der Bürgerschule mit der Untermittelschule ist jedenfalls ein Schritt zur Verwirklichung der Einheitschule. Schlecht ist in dem Entwurfe, daß der Bürgerschüler beim Uebertreten in die Obermittelschule eine Aufnahmeprüfung machen soll, während sie dem Untermittelschüler im allgemeinen erlassen bleibt. Warum dieser Unterschied? Wenn beide Anstalten die gleichen Lehrpläne haben, so müssen auch auf beiden dieselben Erfolge erzielt werden. Das Schülermaterial dürfte eben infolge der Gleichstellung auch nicht sehr verschieden sein. Denken wir besonders an kleine Städte, wo es keine Mittelschule gibt, da wird nun alles in die Bürgerschule gehen, denn der Vater wird sich froh sein, wenn er sein Kind nach drei Jahre zuhause behalten kann. Also die Schüler dürften sich nicht wesentlich unterscheiden. Verbleiben nur noch die Lehrer. Will man vom Ministerium aus den gesamten Stand der Bürgerschullehrer, unter denen es so viele tüchtige, begabte und strebsame Menschen gibt, beleidigen, begreudigen, indem man indirekt erklärt: eurer Arbeit trauen wir nicht, eure Schüler müssen erst überprüft werden? Wir meinen schon, daß dies wohl doch nicht in der Absicht des Gesetzgebers

Fascistischer Mord.

Reggio Emilia, 30. Juni. Infolge eines Ueberfalles auf den fascistischen Kommandanten kam es gestern zu Zusammenstößen zwischen Fascisten und sozialdemokratischen Arbeitern, bei denen ein Arbeiter getötet wurde. Mehrere Arbeiterkammern und Konsumvereine sind zerstört worden. Die fascistischen Organisationen haben die Vergeltungsmaßnahmen mißbilligt und den Tätern strenge Strafen angedroht.

„Ordnung“ im Land der Fasi.

Rom, 30. Juni. (Sabas.) Die Blätter berichten, daß es nach dem Angriffe auf den Führer der Fascisten in Reggio Emilia zwischen Fascisten und Arbeitern zu Zusammenstößen kam. Die Fascisten stellten als Repressalie die Arbeiterkammer in Brand. Bei einem Zusammenstoße wurde ein Arbeiter getötet.

Italien verweigert Sozialisten die Pässe.

Rom, 30. Juni. „Giornale d'Italia“ meldet, daß die Regierung den Abgeordneten Maticoti und Garibotti die Pässe zur Sozialistenkonferenz in London verweigert habe.

Ramsay MacDonald — Vorsitzender der Arbeiterpartei.

London, 30. Juni. (Sabas.) Ramsay MacDonald wurde nach dem Rücktritte Webbs zum Vorsitzenden des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei gewählt.

Ein neuer ungarischer Kriegsminister.

Budapest, 30. Juni. (U. T. S. B.) Der Reichsverweiser hat den Honvedminister FML Belitska aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten entbunden und den General Graf Karl Czaky zu seinem Nachfolger ernannt.

Was nützt es dem begabten Jungen, dessen Lehrer erklärt: „Du sollst studieren“, wenn jede Möglichkeit fehlt, das Studium durchzuführen. Wir müssen also unbedingt unsere alte Forderung nach staatlichen Internaten, nach unentgeltlicher Beistellung von Lehrmitteln u. dgl. erheben. Weiters: Man baut schöne neue Lehrpläne, vergißt aber, daß ein entsprechendes Lehrziel nur zu erreichen ist, wenn die Lehrer so bezahlt sind, daß sie, frei von hemmenden Nebenbeschäftigungen, ihre ganze Kraft dem Berufe widmen können.“ Ferner, daß mit 60 und mehr Schülern in einer Klasse jede Schulreform von vornherein erschlagen ist. Welch ein Unsinn ist es z. B., im Entwurfe den Tschechisch-Unterricht mit fünf Stunden obligat einzustellen und kein Wort darüber zu sagen, daß nur ein gruppenweiser Unterricht möglich ist! Mit 60 Schülern tschechisch zu lernen ist schade um die Zeit, weil kein nennenswerter Erfolg erzielt werden kann.

Der körperlichen Erziehung der Jugend ist ein viel zu geringer Platz eingeräumt, der Religionsunterricht prompt nach wie vor an erster Stelle, von der autonomen Schulverwaltung eines jeden Volkes ist nirgends ein Wort zu finden. Der Ansich vieler moderner Pädagogen und der programmatischen Forderung unserer Partei, daß der Lehrer in jeder Beziehung ein allseitig hochgebildeter Mann sein müsse, daß er deshalb die gesamte Hochschule zu absolvieren habe, ist nur ganz schüchtern mit einem Jahre Erfahrschule Rechnung getragen.

Tages-Neuigkeiten.

O, sie gehen schon gegen die Hazardspieler vor!

Ganz energisch rücken Polizei und Gericht den Hazardspielern auf den Leib, seitdem die Prager Staudatschichte den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat. Herr Rosenbaum und Herr Bauscher sitzen zwar noch nicht hinter Schloß und Riegel — „gut Ding“ braucht Weile — aber im übrigen faßt das Gafey mit aller Schwere auf die Spieler nieder. Nicht nur in Prag, sondern auch in der Provinz ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß mit dem Hazardspielen gründlich ausgeräumt werden muß. Man lese nur, wie das beispielsweise in Troppau gemacht wird:

Ein Krüppel, allen Troppauern sehr gut bekannt, der auf dem Schlachtfelde um seine beiden Hüfte gekommen ist, war Donnerstag angeklagt, ein unerlaubtes Kartenspiel gespielt, herumvagabundiert und von Haus zu Haus gebettelt zu haben. Das Kartenspiel gab der mit 100 Prozent als erwerbsunfähig klassifizierte Invalide zu, das Betteln von Haus zu Haus tritt er ab.

Nichter: „Warum arbeiten Sie nicht?“ Angeklagter: „Ich kann doch nicht.“ Richter: „Sie haben doch starke Arme, Sie können doch mit den Händen was machen!“

Dieser Invalide sitzt fast alle Sonntage mit seinen Stummeln von Beinen vor der Kirche in der Johannisgasse, wartend auf ein Almosen von den Leuten, die an ihm vorübergehen. Wenn dieser Invalide mit der Elektrischen fahren will, so hat er beim Einsteigen schon große Schwierigkeiten. Wie sollte dieser Krüppel es fertig bringen, in Häuser betteln zu gehen und Stiegen zu steigen?

Der Richter verurteilte ihn zu zehn Tagen Arrest und 10 K Geldstrafe.

O weiser, o gerechter Richter!

Nicht den verurteilt er, der mit dem Invaliden Karten spielte, sondern ihn, den arbeitslosen, arbeitsunfähigen Krüppel, dem beide Hüfte fehlen, der mit der ganzen Welt zerfallen sein muß, der vielleicht für eine Stunde im Spiel sein namenloses Leid vergessen will. Daß er bettelte, war für den Salomon von Troppau ein erschwerender Umstand. Nun sitzt er zehn Tage im Arrest — beweist die großen Lumpen, die Hunderttausende erwartern, erspielen und wieder vergenden, frei herumlaufen. Den ungeachteten Schwindlern, die in den Kaffeehäusern und Spielclubs ihr abscheuliches Handwerk treiben, krümmt kein gerechter Richter ein Haar, sie werden nicht gefragt: „Warum arbeiten Sie nicht?“ Dem Krüppel aber, dem Proleten, dem sein einziges Gut, seine Arbeitskraft durch den Wahnsinn und das Verbrechen dieser Gesellschaftsordnung, geraubt wurde, blüht diese schonungslos ihre „Gerechtigkeit“ ein. Er und alle seine Klassengenossen mögen darüber nachdenken und mißbilligen, diese im Spiele ein Ende zu machen.

Die Spielerbande von Karlsbad.

Der Karlsbader „Volkswille“ schreibt im Anschluß an unseren Artikel vom letzten Sonntag über die Affäre Brad unter anderem:

Der Bericht über die Ursache des Selbstmordes eines jungen Zaaiers hat in Karlsbad umsomehr Beachtung gefunden, als die in die Affäre verwickelten Personen fast sämtlich hier bekannt sind. So z. B. ist der in der traurigen Angelegenheit genannte Professionspieler Fregler ein alljährlicher Stammgast unseres Kurortes. Dieser Spezies unangenehmer Zeitgenossen begegnet man in besonders großem Maße zur Reizzeit, wo sie sich in Karlsbad eadentlich ein Massen-Rendezvous zu geben scheinen. Wie die Schmeißfliegen um den Rothausen umschwirren diese, schon an ihren vom Laster durchfurchten Gesichtern leicht erkennbaren feinen Gesellen die Spielstätte der verschiedenen Kaffeehäuser und nur allzuoft gelingt es ihnen, ergiebige „Wurzeln“ einzufangen. Und so

liegt, und halten eine Aufnahmeprüfung der Bürgergeschüler beim Eintritt in die Obermittelschule nur unter denselben Bedingungen für angezeigt wie beim Uebertreten aus der Untermittelschule. Durch die Angleichung von Bürgerschule und Untermittelschule verliert aber die Bürgerschule wenigstens teilweise ihre bisherige Eigenart, auf gewerbliche und Handelsberufe vorzubereiten. Dieser Fehler ließe sich durch Beibehaltung der bestehenden einjährigen Lehrurse (1. Klasse Bürgerschule) gutmachen, indem man in die „Bürgerschulabschlusklassen“ hauptsächlich solche Lehrgegenstände verlegt, die im praktischen Leben des Handwerkers und Kaufmannes gebraucht werden.

Bezüglich der Reform der Obermittelschule hätten wir nur den Wunsch, daß endlich moderner Geist in die alten verstaubten Räume einzüge, aller unnützer, fürs Leben unbrauchbarer Kram hinausläme und durch wirklich zeitgenössische Stoffe ersetzt würde.

Zur Ausbildung der Volksschullehrer, wie sie im Entwurfe vorgeschlagen wird, wäre zu empfehlen, daß die Uebungsschulen in ihrer heutigen Form aufgelassen werden, und die Lehrerausbildung ihre praktischen Lehrproben in den bestehenden allgemeinen Volksschulen vorzunehmen hätten. Nur auf diese Art lernen sie die wirkliche praktische Arbeit kennen. Ueber die Ausbildung der Bürgerschullehrer sollen noch Weisungen ercheinen, dazu läßt sich also augenblicklich nicht Stellung nehmen.

Zweit der Vorschlag des Schulministeriums. Für uns ist dieser Vorschlag aber nichts weiter als der schüchternste Versuch, mit der Schulreform zu beginnen. Er ließe sich mit einigen Abänderungen wohl akzeptieren. Wir dürfen aber nicht vergessen, hervorzuheben, daß er unendlich lächerhaft ist, daß zu einer wirklichen Schulreform weit mehr gehört als einige Lehrplanänderungen. Nur einiges aus dem großen Gebiete.

Man will durch Angleichung der Bürgerschule mit der Untermittelschule z. B. den Kindern solcher Eltern, die nicht in einer größeren Stadt wohnen und deshalb zumeist die Bürgerschule besuchen, den Uebertritt in die Obermittelschule ermöglichen. Gut! Aber man findet in dem ganzen großen Entwurfe nicht eine leise Andeutung, wie es finanziell ermöglicht werden soll, ein talentiertes Kind unbemittelter Eltern weiterzubringen. Was nützt es dem Lungenkranken, wenn der Arzt sagt, er müsse nach dem Süden, um gesund zu werden, wenn einfach keine Möglichkeit besteht, daß der Kranke aus seinem Wohnort fortkaun, ja wenn er vielleicht nicht einmal zu Hause soviel hat, sich ausreichend zu ernähren?

Wie dem jungen Bauknecht, der seinen Verlust an Geld und Ehre mit dem jungen Leben bezahlen mußte, mag es an solchen Tagen noch Unzähligen ergehen, wengleich sie weniger ehrenhaft als jener einem so tragischen Ende ein Weiterleben in Angst, Qual und Not vorziehen. Was aber noch weiter ausdrücklich gesagt werden muß ist dieses. Diesen „Verursachern“ wird eigentlich bedauerlicher Weise von gewissen Karlsbader Kreisen, die das ganze Jahr über dem Kasardspiel frönen, der beste Vorwurf geleistet. Und wie alle schlechten Beispiele gute Sitten verderben, so geschieht es auch da, indem sich den recht wohlhabenden und reichen Spielern selbst Angestellte . . . zugesellen oder ihnen nachahmen, mit einem Eifer und einer Ausdauer, die einfach — anekdotisch . . . Unbeliebig und schrankenlos werden dem Spielvergnügen die höchsten Opfer gebracht, und Sommer wie Winter wird, aller moralischen Hemmungen barm, ehrfurchtsvoll dem Dienste des Kartentönigs sich gewidmet. Direkt amüßlich aber ist das Bild, wenn „Damen der besseren (?) Kreise“, Gattinnen und Mütter sich stundenlang am Spieltische, ja oft bis spät nach Mitternacht vergnügen und ganz außer acht lassen, wie unweiblich und in manchen Fällen sicher auch pflichtvergeßen es ist, einem solchen Vortier sich hinzugeben. Daben diese Damen jemals schon eine Tagelöhnerin oder ihre Dienstmädchen bei einer im Grunde so verwerflichen Verächtig gesehen? Und was würden sie wohl gesagt haben, wenn es geschehen wäre? — In letzter Zeit sind zwar mehrfach in einigen Cafés in der Nacht Spielergesellschaften von der Polizei ausgehoben worden, aber die über sie verhängten Strafen scheinen derart niedrig gewesen zu sein, daß dadurch die Leidenschaft der betreffenden Herrschaften sicherlich nicht gedämpft worden sein wird. Will man nach Möglichkeit dem Kasardspiel, das auch bei uns in Karlsbad so viel graufige Opfer gefordert hat, weil es sich gerade hier so enorm entfalten kann, wirklich ernstlich auf den Leib rücken, so tut not: 1. Eine scharfe Ueberwachung der sich alljährlich hier einmischenden, unappetitlichen „Kesselschleifer“ und ihres weiblichen Anhanges. 2. Eine ebenso unauffällige als andauernde Ueberwachung der der Polizei ohnehin bekannten Lokale und 3. im Falle des Erwischens eine wirklich exemplarische Strafe, doch wo es sich um vermögende Spieler oder Spielerinnen handelt, denen Geldstrafe nicht wehe tut, unbedingt eine empfindliche Freiheitsentziehung. Die, und nur allein diese, hilft sicher.

Wie man mit den Arbeitslosen umspringt. Aus Elbogen wird gemeldet, daß das Ministerium die Auszahlung der Unterstützung in den Orten Chodau und Schlaggenwald einstellte. Die Arbeitslosen müssen wieder in Elbogen ihre paar Heller Unterstützung holen, nachdem es feinerzeit nach langem Kampfe gelungen war, daß außer in Elbogen auch in Chodau und Schlaggenwald die Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gelangte, was die Regierung keinen Heller kostete, da für die Kosten die Bezirksverwaltungscommission und die Gemeinden aufkamen. Es wird kaum einen Menschen geben, der für eine solche geradezu dumme Verfügung einen Grund finden könnte, außer man nimmt an, daß dies lediglich zu dem Zwecke geschehen ist, die armen Teufel von Arbeitslosen zu schikanieren. Manche Leute müssen vier bis fünf Wegstunden zurücklegen, um diese elenden Bettelsteller in Empfang zu nehmen, abgesehen von der schlechten Beschuhung, Witterung. Dazu kommt noch, daß sich das Steueramt in Elbogen mehr für ein Gefängnis als für ein Steueramt eignet. Die Auszahlung in diesem Amt kann infolge Mangelns nur langsam vor sich gehen, so daß die Arbeitslosen stundenlang bei jeder Witterung im Freien stehen müssen. Allen Anschein nach hat man in Prag nur das eine Bestreben, die Arbeitslosen ohne Rücksicht darauf, ob sie eine Unterstützung bekommen oder nicht, der Verzweiflung in die Arme zu treiben.

„Wesence der Arbeit.“ Auf einer Grube bei Wittkowitz wurde dieser Tage der Bergarbeiter Franz Chovanek von herabstürzender Kohle verschüttet. Er mußte in schwerverletztem Zustande ins Bergarbeiterkrankenhaus nach Petřichovitz gebracht werden.

Trübe Erinnerung. Wieder ist ein Peter- und Paulstag vorüber. Wer erinnert sich da nicht jenes Ereignisses, das die Gestalt der Welt so sehr veränderte? Es war am Peter und Paul, des Jahres 1914, als in die schwüle Stille des Feiertags unheilvolle, schicksalshwere Kunde drang. Gegen vier Uhr nachmittags erschienen auf den Anschlagstafeln der Redaktionen die ersten lapidaren Meldungen, die die Nachricht vom Attentat auf den österreichischen Thronfolger überbrachten. Mit Blitzschnelle durchreiste die Nachricht die Stadt, die, wie an jedem Feiertag menschenleer, gar bald von Menschen wimmelte. Von der Peripherie der Stadt her strömten die Menschen in das Zentrum; jeder fühlte die Schwere der in Sarajevo vollzogenen Tat, jeder hatte das Bedürfnis, dem Mitmenschen seine Gefühle mitzuteilen. Nicht die Tatsache, daß ein österreichischer Erzherzog ermordet worden war, sondern der Umstand, daß diese Ermordung das Feuerzeichen am österreichischen Horizonte darstellen könnte, war es, der die Menschen so tief bewegte. Die Befürchtungen, die damals so viele aussprachen, sind leider gar bald, genau einen Monat später, wahr geworden. Jenes furchtbare Mordehub an, das fünf Jahre hindurch Europa in Schrecken hielt. Leider haben die Menschen aus diesen fünf Jahren nicht die Lehre gezogen, sie haben so wie oft schon vorher es nicht vermocht, aus der Geschichte zu lernen. Wieder stehen wir

mitten in einer gefahrengechwängerten Kriegs- und Mordatmosphäre und wieder kann ein Feuerzeichen das Pulverfaß, das Europa darstellt, zum Auffliegen bringen. Lasset die Erinnerung an jene furchtbaren Tage in euch lebendig werden, und sorget dafür, daß sie sich nie mehr wiederholen.

Ein Unbestück gegen ein Kunstwerk. Im Wiener Künstlerhaus wurde Freitag Nachmittag das Modell für ein Denkmal „Dank an Ausland“, das von Professor Lichtblau entworfen wurde, und dem von der Jury der erste Preis zuerkannt worden war, von einem Mann namens Aufhäuser umgeworfen. Wie die Arbeiterzeitung“ meldet, fielen aus einer Gruppe abfällige Bemerkungen gegen das Modell, die unmittelbar aus der christlichsozialen „Reichspost“ stammen. Durch die Bemerkungen ermuntert, trat Aufhäuser zu dem Modell und gab ihm einen Stoß, sodaß es gegen die Mauer fiel. Darauf erfaßte ein Mann, den sonderbarerweise niemand von den etwa 50 Zeugen des Vorfalls kennen will, das Modell und warf es mit großer Wucht zu Boden, sodaß es in Trümmer zina. Die übrigen Besucher klatschten Beifall, was darauf hindeutet, daß diese Leute eigens zu dem Zwecke gekommen waren, um das Unbestück an dem Modell zu verüben. Wer diese Leute sind, kann man daran erkennen, daß die angeblich habsbürgerfeindliche Tendenz des Kunstwerkes schon vorher zu Polemiken gegen die Preisrichter veranlaßt hatte.

Volkshilfswerk in Břilin. Die Vortragsordnung für die Hauptvorträge, die am Vormittag stattfinden, wurde wie folgt festgelegt: Montag, den 2.: Geschichte des Volkshilfswerkes mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Bücherhallen und der Volkshochschulbildung (Prof. Dr. Drehschütz); Dienstag, den 3.: Büchereiwesen (Staats. Buchereilehrer Dr. Anton Moucha); Mittwoch: Bücherwesen (Fortsetzung); Donnerstag, den 5.: Gemeindegedenkbuch; Freitag, den 6.: Bürgerkunde (Univeritätsprofessor Dr. Feinr. Rauchberg); Samstag, den 7.: Bürgerkunde (Fortsetzung); Sonntag, den 8. findet eine Tagung der Buchwärte der Bezirke Břilin und Dux statt, deren Besuch empfohlen wird (Referent Dr. Anton Moucha); Montag, den 9.: Selbstverwaltung (Dozent Dr. Rudolf Slawitsch); Dienstag, den 10.: Selbstverwaltung (Fortsetzung); Mittwoch, den 11.: Wesen und Ziele der deutschen Volkshilfswerkbewegung (Prof. Dr. Drehschütz); Donnerstag, den 12.: Die staatlichen Bildungsgesetze der tschechoslowakischen Republik; Stand des tschechoslowakischen Volkshilfswerkes (Prof. Dr. Drehschütz); Freitag, den 13.: Volksgesundheitspflege (Stadtphysikus Dr. Th. Gruscha); Samstag, den 14.: Musealwesen (Museumsleiter Laube). Kleinere Veranstaltungen finden an den Nachmittagen statt (Exkursionen und Vorträge). Für Samstag, den 7. Juli, nachmittags 3 Uhr, ist ein Vortrag des Herrn Dr. R. Seifert, Rangleiters des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper, über das Thema „Gemeindehaushalt“ angesetzt. Es wird den Gemeinden und sonstigen Interessenten empfohlen, als außerordentliche Hörer des Kurfes einzelnen Vorträgen beizuwohnen. Regiebeitrag für einen Tag 5 Kronen.

Die Spiritusaffäre in Karpathenland und der Slowakei, über die wir vor einigen Tagen berichteten, zieht immer größere Kreise. Bis jetzt sind gegen 300 Personen in die Affäre verwickelt und eine ganze Reihe von Geschäftslenten wurde bereits verhaftet. Der Chef der Expeditionfirma Gluck in Kaschau, über dessen Verhaftung wir berichteten, wurde gegen eine Kaution von 350.000 Kronen auf freien Fuß gesetzt. Wie nun festgesetzt wurde, bezahlen die Firmen für den aus Oesterreich geschmuggelten Spiritus vier Kronen per Liter und verdienen auf diese Weise ungeheure Summen, da sie ihn in der Slowakei und Karpathenland zum vollen Preise verkaufen. Die Finanzdirektion wird, wie verlautet, von den Geschäftslenten, die in diese Affäre verwickelt sind, eine Strafe in der Höhe von sechs Millionen Kronen einheben.

Ein Todesopfer der Autoracei. Dieser Tage wartete die Professorgattin Neuwirth in Mähr.-Ostau bei der Haltestelle der Postautobusse beim Hotel Kopoldova auf die Ankunft des Autobusses. Als der Autobus herankam, wollte Frau Neuwirth mit dem dreijährigen Sohn ihrer Schwägerin von der Mitte der Straße auf den Gehweg gehen. In demselben Augenblicke raste das Auto des Geschäftsmannes Fischer heran und stieß die Frau mit dem Kinde zu Boden. Die Frau erlitt schwere Verletzungen, das Kind war sofort tot. Gegen den Lenker des Wagens wurde die Strafanzeige erlassen. — Am Donnerstagabend stieß in der Nähe von Friedland infolge eines Federbruches der Steuerung ein Automobil mit voller Wucht in einen Baum hinein, so daß der Vorderteil des Wagens vollständig zerdrückt wurde. Bei dem Unfall erlitten drei Personen schwere Verletzungen.

Zwei Pilsener in Bremen ermordet. Vor einem Monat begaben sich der Handelsvertreter Benes und der Kellner Dvokal aus Pilsen in Begleitung eines Unbekannten, der sie zu einer Reise nach Amerika verleitete, nach Bremen, um sich von dort nach New York einzuschiffen. Nun kommt aus Bremen die Nachricht, daß die Genannten dort ermordet und ihrer Parklast beraubt wurden. Die Spur der Mörder führt in die Tschechoslowakei, wo tatsächlich in Pilsen ein Marinesoldat verhaftet wurde, in dessen Besitz sich die Dokumente der Ermordeten befanden.

Zwei Viehhändler bei Uzhorod ermordet. Die Vieh- und Pferdehändler Samuel Feher und Moriz

Trachner sind nächst der Gemeinde Trosta Opfer eines Raubmordes geworden. Aber die Täter erbeuteten nichts, da sie in der Durchscheidung der mit Eigheln ermordeten Kaufleute durch herbeieilende Bauern gestört wurden.

Wasserepidemie in Falkenau. Die Wälder melden, daß in Falkenau eine Wasserepidemie immer mehr um sich greift, so daß bereits 300 Fälle gemeldet wurden und die Schulen vorzeitig geschlossen werden mußten.

Tod durch Starstrom. Zwischen Hunsgrün und Oransea kletterte am Dienstag der neunjährige Franz Forster auf einen Mast der elektrischen Fernleitung, um eine Peitsche, die von einem Hirtenjungen hinaufgeworfen worden war, herabzuholen. Forster kam dabei mit einem Drahte der Starstromleitung in Berührung. Es dauerte über zwei Stunden, bis der Strom überall ausgeschaltet werden konnte. Als man den Knaben herunterbrachte, hatte er bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß er in der Nacht im Krankenhaus in Elbogen verschied.

Die Hygiene in Amerika. Während in Europa eine überaus kalte Witterung herrscht, haben die Amerikaner unter einer ungeheuren Hitze zu leiden. Bis jetzt sind bereits 60 Personen an Sonnenstich gestorben. In den amerikanischen Städten mußten die Schulen geschlossen werden, da die Kinder beim Unterrichtsahnung wurden. Die Parlanlagen und die Ufer der Flüsse sind von Bewohnern den ganzen Tag über belagert, da das Verweilen in den Städten untraglich geworden ist. In vielen Städten sieht man am Abend tausende von Kindern in geschlossenen Rügen durch die Straßen der Städte ziehen, weil um diese Zeit die Aufspritzung der Straßen erfolgt und die Kinder sich Abkühlung unter dem Sturzregen der massenhaft verwendeten Schlauchlinien verschaffen wollen. Den Kindern wird auch durch die einzelnen Stadtverwaltungen unentgeltlich Seife zur Verfügung gestellt, damit sie sich bei dem künstlichen Regen gleich auch gehörig die Köpfe waschen. Natürlich kommen die Kinder zu diesen Massenabkühlungen und Abwaschungen in leichten Kleidern und barfuß. So berichtet es wenigstens ein Reporter des „Daily Telegraph“, der von einer Rundreise durch die amerikanischen Städte zurückgekehrt ist.

Eisenbahnlegitimationen für Lehrer. Wir erhalten von der Leitung des Deutschen Lehrerbundes folgende Mitteilung: „Das Eisenbahnministerium hat die Staatsbahndirektionen ermächtigt, den Lehrern an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen, weiters den Lehrern an Mittel- und Hochschulen, soweit diesen nicht schon der Charakter von Staatsangehörigen zukommt, für die Zeit vom 15. Juni bis 15. September d. J. eine Anweisung auf die zweite oder dritte Wagenklasse auszustellen. Diese Anweisung berechtigt bei Fahrten auf Straßen der tschechoslowakischen Staatsbahnen — mit Ausnahme der Kaschau — Oberberger Bahn — zur Lösung von Karten zu ermäßigten Preisen. Die Anweisung wird auf Grund eines Ansehens ausgestellt, das von der Schulleitung zu bestätigen ist. Die Schulleitung führt dafür, daß die ansehende Person auf jene Fahrpreisermäßigungen Anspruch hat, die für Lehrer an Volks- und Bürgerschulen gelten. Sichergestellte Unrichtigkeit hat den sofortigen Verlust des Vorteiles zur Folge. Das Ansehen ist der zugehörigen Staatsbahndirektion vorzulegen. Beizuschließen sind: Ein nicht ausgefülltes Lichtbild, das vom Besitzer auf der Vorderseite zu unterschreiben ist, 20 K Einschreibgebühr ohne Rücksicht auf die Wagenklasse, fünf Kronen Stempelgebühr für die Legitimation für die dritte Wagenklasse oder 10 Kronen für eine solche der zweiten Wagenklasse und ein Briefumschlag mit der Anschrift des Ansehenden. Eine Verlängerung der Anweisung wird nicht bewilligt.“

Verteuerung der Prager Elektrischen? „Prozby Tebernit“ meldet, daß die Verwaltung der elektrischen Betriebe beabsichtigt, die bisherigen Einheitskarten aufzuheben und wiederum große und kleine Fahrkarten, einer anderen Person drei Kategorien, kleine Fahrkarten zu 80 h, mittlere zu 1 K und große zu mehr als 2 K einzuführen.

Uebersahren. Freitag vormittags wurde in Aussig durch einen bedauerlichen Unglücksfall der sechsjährige Knabe eines Eisenbahners von einem Gespann so unglücklich überfahren, daß ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Knabe war auf der Stelle tot.

Am Bahnhof vom Irren besaßen. Die Kaufmannsgattin Amalie Meier aus München wurde Freitag vormittags auf dem Wiltonsbahnhof plötzlich vom Irren besaßen und mußte in die Bohnitzer Irrenanstalt überführt werden.

Ein Museum abgebrannt. Gestern mittags brach in dem historischen städtischen Stapelhaus, in dessen oberen Räumen das Museum für Naturkunde untergebracht ist, aus noch unbekanntem Ursachen Großfeuer aus. Der Feuerwehrgelang es, das Feuer soweit einzudämmen, daß Hoffnung besteht, die unteren Geschosse des Gebäudes zu retten. Der größte Teil des Museums ist vernichtet. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Eine Schiffskatastrophe. Nach Blättermeldungen aus Melbourne ist der australische Dampfer „Sumatra“ in der Nähe der Küste von Neusüdwales gesunken. Die gesamte aus elf Weibern und 35 farbigen bestehende Besatzung ist ertrunken.

Egoismus und Gemeinschaftsgeist. Feinsinnige Betrachtungen über den Egoismus in seinen Abstufungen und den Gemeinschaftsgeist, die Prof. Ferdinand Tönnies-Riel in einem Aufsatz der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ anstellt, führen den bekannten Gelehrten zu dem interessanten Ergebnis, daß im Genossenschaftswesen als der Schule des Gemeinschaftsgeistes auch die höchste Stufe des Egoismus, das heißt die Richtung des eigenen Willens und Interesses auf ein geistlich fernes Ziel, auf eine bessere Zukunft, ihre

Befriedigung findet. Im Genossenschaftswesen kommen Gemeinschaftsgeist und Egoismus zusammen. Dies Zusammenreffen ist selten. Es kann dahin gewirkt werden, daß es häufiger werde. Es kann gelehrt werden, daß nicht der augenblickliche Vorteil eines billigeren oder besseren Einkaufs der einzige Nutzen ist, den die Genossenschaft oft gewährt, zuweilen aber auch nicht gewähren kann, sondern daß es sich bei der Förderung der Sache um eine hohe Kulturaufgabe handelt. Im Vergleich dazu hat er eine geringere objektive Bedeutung, daß auch der Egoismus in der genossenschaftlichen Erkenntnis und Befolgung des eigenen Interesses seine Rechnung findet. Aber es bleibt von großer Wichtigkeit, auch dies hervorzuheben, daß der engherzige Egoismus am wenigsten, der weitestgehende und ausgebreitetste weit mehr und der zugleich verdeckte am meisten danach angeht, den genossenschaftlichen Streben eine Zukunft vor dem ungeheuren Schicksal zu bieten, mit denen die Ungewitter des heutigen wirtschaftlichen Lebens den rößlichen Hausvater und die sorgsame Hausfrau bedrohen. An die Opferwilligkeit für manigfache Zwecke wird oft appelliert. Die Opferwilligkeit der Arbeiterklasse für ihre gemeinsamen ökonomischen Interessen ist berühmt. Das Genossenschaftswesen stellt an die Opferwilligkeit nur geringe Ansprüche; es belohnt zumeist die geforderten Opfer mit unmittelbaren Vorteilen, sogar für den engsten Egoismus. Aber es wird um so mehr zu höherer Höhe gelangen, je mehr der wirtschaftliche Egoismus in ihm mit dem Gemeinschaftsgeist sich vermählt und je mehr dies Ziel in seiner Schönheit und Würde erkannt wird.

Gerichtssaal.

Der Prozeß Szupal

findet, wie bereits gemeldet, am 4. Juli vor einem in Prag tagenden Staatsgerichtshof stattfinden. Dilem wird der Präsident des Obersten Gerichtes Dr. Ruzicka vorstehen. Beisitzer sind: der Rat des Obersten Gerichtes Moriz Müller, ODR. Dr. Lodosians Brunclik, Vizepräsident des Oberlandesgerichtes i. R. Johann Wisa, Advokat Dr. Johann Janurek und Advokat Dr. Johann Ruzicka.

Schmutzige Konkurrenz.

Prag, 30. Juni. In der Nähe des Invalidenhauses in Prag-Karolinenthal steht ein neues Haus, in dem sich zwei Zuderbäder befinden. Aus einer Bäckerei waren hier nämlich zwei Geschäftsläden entstanden, die — unglückselige Bestimmung! — von zwei Zuderbädern belegt wurden. In dem einen saß der Besitzer des Hauses Janal, in dem anderen der Berufscollege Jiranel. Daß zwischen den beiden — oder vielmehr ihren Frauen — bald ein Konkurrenzstreit entstand, ist verständlich. Bald klagte Frau Jiranel, bald Frau Janal. Der letzte Fall, der vor dem Bezirksrichter ausgetragen wurde, beruhte auf einer Klage der Frau Janal. Frau Jiranel habe, so erklärte Frau Janal, den in ihrem Laden verkehrenden Kunden erzählt, daß Frau Janal schlechte Bäckereien erzeuge und die Leute dadurch bestehle. Und Frau Jiranel habe, hochhaft wie immer, einen Jungen um Bäckereien zur Frau Janal geschickt, diese Bäckereien dann hinter ihrem Bult mit irgend etwas bestreut und sie in so hergerichteter Zustände den im Laden anwesenden Kunden zum Kopfen gegeben. Natürlich hätten die Kunden dann zu spucken und auf Frau Janal zu schimpfen angefangen.

Bezirksrichter zur Klagerin: „Weshalb wissen Sie das alles so genau, was im Laden der Frau Jiranel vorgefallen ist?“

Frau Janal: „Das ist so. Die beiden Laden waren doch früher eine Bäckerei und da hat man das Fensterl stehen gelassen, durch das früher das Brot aus der Bäckerei — dem jetzigen Laden der Frau Jiranel — in den Geschäftsläden — der heute mein Laden ist — gereicht wurde. Durch dieses Fenster sah ich alles, was im Laden drüben vorgeht und ich verstehe auch jedes Wort, das dort über mich gesprochen wird.“

Die Angeklagte wollte bei der Verhandlung zuerst leugnen, gab dann aber zu, die für ihre Konkurrenz in beleidigenden Ausdrücke gebraucht zu haben. Nach durchgeführtem Beweisverfahren verurteilte sie der Richter doch zu sieben Tagen strengen Arrest.

Die Mutter Gottes und der Dieb.

Vor dem Münchener Schwurgericht wurde soeben eine Verhandlung wegen Urkundenunterdrückung und Amtsmißbrauchs gegen den Oberpostinspektor Michael Pfaffinger durchgeführt. Pfaffinger, der Vorstand der Briefabfertigungsanstalt eines Postamtes in München ist, hat seit 1920 eine Auslandsbriefen Verschwendung gestiftet. In der Voruntersuchung schätzte die Staatsanwaltschaft den Schaden auf siebzig Millionen Mark; nach dem jetzigen Markkurs würde er natürlich bedeutend mehr betragen. Mit den unterdrückten Geldern hat Pfaffinger nicht nur einen eigenen nicht geringen Verlast bestanden — er unterhielt: obwohl er verheiratet ist, ein kostspieliges Verhältnis und hat zwei Häuser gekauft —, sondern auch Verschwendung. Einem Kirchenbauverein, dessen weiterer Vorständer er war, schenkte er mehr als zwei Millionen Mark und eine kostbare Monstranz. Auch sonst unterhielt er das beste Verhältnis zum Himmel. Er kaufte sich für das gestohlene Geld unter anderem eine Wachstatue des „heiligen“ Sebastian um 150.000 Mark. Bei der Hausdurchsicherung wurden in seinem Schreibtisch zwischen unzähligen Dattelnungen Kommissionsbilder und Rosenkränze gefunden. Er versäumte nicht, allabendlich nach Abschluß seiner Bäckereien das Hauptgebet zu verrichten. Wie er vor Gericht behauptete, hat ihn die Mutter Gottes selbst zur Fortsetzung seiner Diebstahlgänge ermuntert. Als er nämlich nach der ersten Unterschlagung das Nachtgebet sprach, sei sie ihm erschienen und habe

gefragt, das man auch nicht. Auch unmittelbar vor dem Prozeß, so erzählte Pfaffinger, ist ihm die Mutter Gottes erschienen und hat ihn aufgefordert, ein Gedicht auf sie zu machen.

Rosbachmann und Polenspiegel.

Vor der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts I gelangte dieser Tage ein Prozeß wegen Verrats militärischer Geheimnisse zur Verhandlung, der sich gegen den Journalisten Siegmund Kartowski, den Musiker Friedrich Hunzler und den Kaufmann Harry Bialikowski richtete.

Die Angeklagten haben den polnischen Nachrichtenstellen, mit denen sie durch einen Oberwachmeister am Ende in Verbindung gebracht worden waren, Nachrichten über den Selbstschuß in Oberschlesien und über die Beziehungen der Arbeitsgemeinschaft Rosbach zu dem aufgelösten Selbstschuß übermittelt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der zweite Verbandstag der Eisenbahner.

(Eigenbericht.) Freitag vormittags wurde in den neuen Volkshäusern in Ruffig in Anwesenheit von 250 Delegierten der zweite ordentliche Verbandstag des Eisenbahnerverbandes eröffnet.

Bei der Beratung der Geschäftsordnung ergab sich ein kleiner Zusammenstoß mit den kommunistischen Delegierten, die verlangten, daß die „Kommunistische internationale Föderation“, die die kommunistische Kreisvertretung Ruffig eingeladen hatte, und drei kommunistische Pressevertreter zugelassen würden.

Der zweite Verhandlungstag brachte einen vierstündigen Bericht des Gen. Grünzner über alle Zweige der organisatori-

schen Tätigkeit. Er verwies auf die Entstehungsgeschichte des Verbandes und besprach dann alle Aktionen, die der Verband im Interesse der Angestellten durchgeführt hatte.

Den Bericht über die Administration und die Presse erstattete Genosse Paul. Der Bericht weist auf eine gut fundierte Organisation hin. Die Mitgliederzahl hat sich nicht wesentlich verändert; insgesamt zählte der Verband am 1. Jänner 1922 25.730 Mitglieder gegen 28.600 am 1. Jänner 1921.

In der Debatte sprachen drei kommunistische Delegierte aus Reichenberg. Unter ihnen wendete sich Wazke gegen eine Herabsetzung der Beiträge und erklärte, er wisse wohl, daß dies bei den Mitgliedern nicht große Begeisterung erwecken würde, es sei jedoch im Interesse des Verbandes gelegen, ihn schlagfertig zu erhalten.

Die Verhandlungen wurden um halb 6 Uhr abgebrochen und werden Sonntag früh fortgesetzt. Zum Berichte sind 24 Debatteredner vorgemerkt, darunter sieben aus Reichenberg.

Die Krise auf dem Ostrauer Kohlenmarkt führte zu weiteren Betriebseinsparungen. Außer den Larischgruben und den Gruben der Orlau-Layzerischen Steinkohlegewerkschaft wird die Förderung nunmehr auch auf einzelnen Schächten der Nordbahngruben zeitweise eingestellt werden.

Verbandstag der Arbeiterschaft der Papier-, der chemischen Industrie und verwandten Berufe. Der Verband der chemischen Arbeiterschaft beruft für den 22. und 23. Juli 1923 nach Ruffig seinen zweiten ordentlichen Verbandstag ein.

Streitbeschluss der Berliner Metallarbeiter. Die Berliner Metallarbeiter haben in der Freitag durchgeführten Abstimmung mit großer Mehrheit den in der Metallindustrie gefällten Schiedsspruch verworfen und sich für den sofortigen Streik ausgesprochen.

Verhinderung der Einführung der Indezähne in Deutschland. Ueber die Frage der werbeständigen Löhne, die gegenwärtig in der Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen den reichsdeutschen Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden erörtert

wird, legte gestern der deutsche Arbeitgeberverband vor Pressevertretern seine Stellung dar. Nach seiner Ansicht ist eine Lohnstabilisierung für sich allein nicht durchzuführen, denn sie würde die Umstellung der gesamten Wirtschaft auf eine Goldbasis zur Voraussetzung haben.

Aus der jugoslawischen Gewerkschaftsbewegung. Die Lage der Gewerkschaftsbewegung Jugoslawiens ist äußerst schwierig. Vor dem Kriege hatte jeder der Staaten, aus denen sich das heutige Jugoslawien zusammensetzt, Bosnien, Kroatien, Serbien, Slowenien und Voivodina eine eigene selbständige Gewerkschaftsbewegung.

Die Sowjets bauen ihren Staatssozialismus weiter ab. Zweck Konzentrierung der Industrie wurden zwei Dekrete herausgegeben. In dem ersten wird das Recht auf den Verkauf geschlossener Betriebe an Einzelpersonen kündigungsmäßig mit dem zweiten wird die Ueberführung des Materials geschlossener Betriebe an andere Unternehmen festgesetzt.

Die Einwanderungsfrage in den Vereinigten Staaten. Die gegenwärtige industrielle Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten hat die Einwanderungsfrage in den Mittelpunkt der allgemeinen Erörterungen gestellt. Während die Arbeiter noch vor einem Jahre der Arbeitslosigkeit preisgegeben waren, hat sich ihre Lage jetzt so gebessert, daß sie im Stande waren, eine allgemeine Erhöhung der Löhne durchzuführen.

Die Urinade.

15

Roman von Leonhard Frank.

Der Dichter sagte: „Ich habe da einen Zeugen, daß der Lehrer ein Repräsentant der Seelenzerstörer war. Dieses Kind wird ein Glender bleiben, sein Leben lang.“

Der Kleine, mit den Ketten vor dem schneeweißen Gesicht, rührte sich nicht, bis ihn der Gerichtsvollzieher auf den Befehl des Vorsitzenden hin am Arme vom Dichter wegführte, wie einen Gefangenen.

Im Zuschauerraum wurde es wieder ruhig, als der Vorsitzende den Dichter sachlich uredig wies und der Staatsanwalt des Ermordeten Leben ausführlich schilderte, ihn zum Schluß einen sich aufopfernden, pflichttreuen Mann nannte.

Nach während dieser Rede hatte der Dichter die gefesselten Hände nach dem seitwärts stehenden Tischchen ausgedehnt. Und als der Staatsanwalt geendet hatte und der Dichter immer noch schweigend, mit deutlichen Händen, folgte der Vorsitzende der Richtung, nahm den schon ganz ver-run-elten Himsbergschapel, der beim Verhafteten gefunden worden war, vom Tisch und fragte, was damit sei.

„Der wird eine furchtbare Wirkung haben, dieser nicht gekennte Apfel. Das ganze Erlebnis trägt das Kind im Gehirn. Und noch nach zwanzig Jahren wird es seine Handlungen mitbestimmen.“

„Sehen Sie, das können wir doch heute noch nicht kontrollieren.“ Der Vorsitzende machte eine Handbewegung, als habe er dem Dichter ganz überflüssigerweise ein Gesicht gemacht. „Das hier ist nur ein Apfel...“

„Oh, den wollte ich haben!“ sagte der Dichter rasch, mit sonderbar funkelnden Augen.

Im Zuschauerraum wurde gelacht.

„Als ich ihn einsteckte, dachte ich — jetzt hat ihn der Kleine doch bekommen. Ich dachte — jetzt habe ich das Glas Milch doch bekommen.“

Auch die Geschworenen blickten ihn fragend an.

„Das ist doch furchtbar einfach! Wenn ich zwanzig Jahre früher die Milch bekommen hätte, hätte ich mir den Apfel ja nicht zu nehmen brau-gen.“

„Wie denn! Wenn Sie in Ihrem Leben ein Glas Milch mehr getrunken hätten?“ Der Vor-sitzende lächelte den rechts von ihm sitzenden Geschworenen zu. Deren Antwortlächeln sprang auf die links Sitzenden über, bis zum Staats-anwalt. Der Einäugige sah zornig vor sich hin.

„Freiwillig! Dann wäre der Lehrer ein besserer Mensch gewesen, und ich sicher ein besserer geworden.“ Er hat mir doch, während ich zu ihm in die Schule ging, in anderer Form viele tausend Gläser Milch verweigert. Und nicht nur er — viele andere haben mich gedemütigt, ge-peinigt und dadurch schwach und böse gemacht.

„Deshalb stehe ich hier. Aber ich glaube, daß vor allem der Lehrer mich für spätere Demütigungen so sehr empfänglich gemacht hat.“ Denken Sie an, wenn ich damals nicht vor dem Wirtshaus hätte stehen müssen, hätte ich vielleicht eine Woche später, als die Soldaten, anstatt mir Brot zu geben, Spitzwässer über mich geschüttet haben, noch geschlucht und geschimpft. So aber habe ich geschwiegen, glaube schon, mit mir dürfe man alles machen... Das ist ja das Furchtbare, daß ich nicht geschimpft habe, sondern ganz still weg-gegangen bin.“

Wie auf Kommando bewegten alle Geschwo-renen gleichzeitig die Oberkörper, um sich wieder zurechtzusetzen.

Der Vorsitzende sprach die Brügelzene in der Lehrstube jetzt doch ausführlich durch. Unter allgemeiner Heiterkeit. Denn der größere

Schüler erzählte, daß aus dem zerdrückten Kleinen auch mit Güte und Väterlichkeit nicht ein Wort herauszubringen war, daß dieser Regen mit „h“ und anstatt Amen — Ammen geschrieben habe.

Die Geschworenen lächelten und dachten an ihre Jugendzeit zurück. Gerichtshof und Zuschauer sympathisierten miteinander. Eine Weile ließ der Vorsitzende die Heiterkeit durchgehen, dann spitzte er lächelnd den Mund unterm Schnurrbart, als wolle er sagen — wie Sie sehen, verstehe ich einen Spatz, aber dazu sind wir nicht hier; und da im Zuschauerraum auch dann noch gelacht wurde, rief er erstaunt: „Wie denn!“

Niemand verstand recht, weshalb der Ein-äugige sich vom Dichter noch einmal auf das genaueste die Reihenfolge der Vorgänge in der Lehrstube darstellen ließ. Wiederholt fragte er eindringlich, ob die Tat — sofort, nachdem die Knaben die Stube verlassen hatten, geschehen sei; oder ob der Dichter vorher noch über den Schul-ausflug gesprochen — und den Lehrer dann erst umgebracht habe.

Und als der Dichter das bei immer härter werdender Herzbelemmung bejahte, auf die noch-malige Bitte hin, sich genau zu erinnern, wieder leise und bestimmt Ja sagte, blickte ihn der Ein-äugige so furchtbar ernst an, daß der Dichter während der folgenden stummen Zwiegespräche mit dem Einäugigen am ganzen Körper kalt wurde.

Der Staatsanwalt notierte sich die Worte „Vorsicht! Affektmord.“

Dann betonte er kurz und klar die Harm-losigkeit der Brügelzene.

Und der Vorsitzende fragte den größeren Schüler: „Jetzt sage du uns einmal... hast du Angst gehabt, zu deinem Lehrer in die Schule zu gehen?“

„Ich hab gar keine gehabt.“

„Gab's viel Reize, wie?“

„Giebe?“

Der Vorsitzende lachte. „Ja, ja, Giebe...“

Aber das macht doch einem strammen Jungen nichts aus, was?“

„Nein. No, und ich hab ja keine bekommen...“

„Im Kopfrechnen Eins, Rechtschreiben Eins bis Drei, Deutscher Aufsatz...“

„Hast also gute Noten gehabt?“

„Deshalb hab ich ja auch immer die Hefte tragen dürfen...“

„Ahn, und du?“

Der Kleine wurde freideweis.

„Du hast doch auch keine Angst gehabt, wie?“

„Zog's uns nur... Angst gehabt?“

Die Tränen schossen ihm in die Augen. Er schüttelte verneinend den Kopf.

„Wird schon alles noch besser werden,“ sagte der Vorsitzende und lächelte den Kleinen freundlich an. „Aber ja doch!“

Er sah in die Untersuchungsakten, dem Dichter groß ins Gesicht. „Sie gaben an, Ihre Schwester habe sich ertränkt, weil Herr Lehrer Mager sie...“

„nennen wir es: gequält hat. Es liegt mir daran, jetzt auch diese Sache voll und ganz aufzuklären...“

„Glauben Sie, daß der Lehrer auf Ihre Homilie besonders schlecht zu sprechen war?“

„Besonders? Nein. Er hat vermutlich alle Schüler, die zu ruinieren waren, ruiniert...“

Das heißt, drei oder vier ausgeprochene Brügel-zenen hatte er doch, aber zu denen gehörte ich nicht einmal...“

„Einen davon — er war der Sohn eines Pflägers, die und winzig klein — den malträtierte er so, daß Sie mir einfach nicht glauben werden, wenn ich es Ihnen beschreibe...“

(Fortsetzung folgt.)

landwirtschaftlichen Süden nach den Industriezentren des Nordens. Nach den Angaben des Landwirtschaftsministeriums sollen bereits 60.000 Neger nach dem Norden abgewandert sein und dort Beschäftigung gefunden haben.

Fortritte der ägyptischen Gewerkschaften. Die größte Anzahl der ägyptischen Arbeiter ist in der Landwirtschaft beschäftigt und noch völlig indifferent. Seit dem Aufstand im Jahre 1919 hat sich die Gewerkschaftsbewegung in den Städten gewaltig entwickelt und es bestehen jetzt in Cairo 21, in Alexandria 17 Gewerkschaften, von denen eine, die Arbeiter-Union, sich aus Angehörigen 24 verschiedener Berufe zusammensetzt.

Die tschechische Krone notiert in: Zürich Schw. Frank 16,00/00 Berlin Mark 4670,00 Wien österr. Kr. 2126,00

Devisenkurse. Züricher Schlusskurse am 30. Juni. Table with columns for City, Gold, and Ware.

Kunst und Wissen.

Abschiedsopspiel Mario Chamlee. (Neues deutsches Theater). Vor einem bis aufs letzte Plätzchen gefüllten Hause, vor einem weisfall rasenden Publikum, ersang sich Freitag abends Mario Chamlee als Herzog in Verdis Rigoletto einen ruhmvollen Abschied von Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum. Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 23, Kl. Basar.

Deutscher Kulturverband.

Konstituierung der Hauptleitung. Anlässlich der Konstituierung der Hauptleitung auf Grund der bei der Hauptversammlung in Reichenberg erfolgten Ergänzungswahlen erfolgte auch die Wahl der Funktionäre des Deutschen Kulturverbandes.

Diesem Danke schlossen sich alle anwesenden Hauptleitungsmitglieder an und gaben der Erwartung Ausdruck, Herrn Dr. Junke auch weiterhin zu ihrem bewährtesten Mitarbeiter zählen zu dürfen, ein Wunsch, dem Herr Dr. Junke nach Möglichkeit Rechnung zu tragen verspricht, wobei er allerdings nicht nur die wieder betriebl. Mitarbeit der Hauptleitung, sondern auch aller Unterverbände wie schließlich jedes einzelnen Mitgliedes als notwendig hinstellte, wenn der Deutsche Kulturverband seine Bestimmung erfüllen soll.

zucht vernommen hat, sagen: Ein zweiter Caruso! Doch sei dem wie immer: auch wenn aus diesem vielversprechenden Mario kein Enrico wird, so freuen wir uns dennoch heute schon auf die Erfüllung des Versprechens, das er uns gab, als zum letzten Male der Vorhang hinaufging: „Auf Wiedersehen!“

Fritz Mauthner. In Wersburg am Bodensee, dem Altersitz der Aneite von Trost-Bühlschiff, ist Fritz Mauthner im Alter von 74 Jahren gestorben. Am 22. November 1849 in Hofitz in Böhmen geboren, zog er bald nach Abschluss seiner Studien nach Berlin und erwarb sich hier als Kritiker und Satiriker einen angesehenen und gefürchteten Namen, doch blieb er nicht im Negativen des Breichens und Verpotens stecken.

Der Film. Die Sandouci. Das 14. Pathé-Journal ist etwas kurz ausgefallen. Dafür bieten Naturaufnahmen von der Insel Rügen und der Kreidegründung auf der Insel dem Publikum Ersatz.

Anglo-Czechoslovak Bank. Prag, Hybernská 5. Aktienkapital Kč 120,000,000.-

BÖHMISCHE UNION-BANK. Eingezeichnetes - Aktienkapital 160,000,000 Kč. Reservofond 91,400,000 Kč.

Warnung!! Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumvereln od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger KOH-I-NOOR

Warnung!! Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumvereln od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger KOH-I-NOOR Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik

der Sprache meistern mußte, und um dieser Vorzüge willen dürfen auch wir dem durchaus bürgertlich Gesinnten ein gutes Andenken bewahren.

Gastspiel Theo Stad. Theo Stad, der Soubrettenor des Landesheaters in Weimar, der für die nächste Spielzeit nach seinem glücklichen Debüt dem Deutschen Landestheater in Prag verpflichtet wurde.

Reinigungsierung der „Walfüre“. Montag, den 2. Juli beginnen unter der Leitung des Oberregisseurs der Berliner Staatsoper Professor Ludwiga Hörtz und des Ausstattungschefs Professor Emil Pirchan die Proben zu der Reinigungsierung der „Walfüre“.

Neues Theater. Heute Sonntag Gastspiel Rubla-Fleischer „Don Juan“, morgen Montag „Gheurlaub“, Dienstag Mozart-Idyllus IV „Figaros Hochzeit“, Mittwoch „Komteč Guderl“, Donnerstag die Wagner-Oper „Tannhäuser“, Freitag die Risch-Romödie „Die gestohlene Stadt“, Samstag neuneinundfünfzig „Orpheus in der Unterwelt“, Sonntag abends Gastspiel Rubla „Mida“.

Kleine Bühne. Sonntag „Kleine Sänderin“, „Leonore“, Dienstag „Leonore“, Mittwoch „Kleine Sänderin“, Donnerstag „Leonore“, Samstag „Lulu-Tragödie“, Sonntag „Blonder Engel“.

Der Film. Die Sandouci. Das 14. Pathé-Journal ist etwas kurz ausgefallen. Dafür bieten Naturaufnahmen von der Insel Rügen und der Kreidegründung auf der Insel dem Publikum Ersatz.

Olmützer Käse u. Stangenkäse in bester Qualität und billig bei 1714 I. Olmützer Käsefabrik, A. R. Hrabě, Olmütz.

Fabrik mediz. Verbandstoffe Ludwig Fischer Tepitz-Schönan 1088 Inh. J. Schlosser empfiehlt sich den p. t. Krankenkassen, Zentralbruderladen u. dgl. zur Lieferung sämtlicher Verbandstoffe und Watten, Gummwaren, Bandagen sowie Krankenpflege-Artikel aller Art zu konkurrenzlosen Preisen.

Gratisinserat für jeden Jahres-Abonnenten. Wir gewähren jedem Jahresabonnenten, der unser Blatt bereits durch ein Jahr bezieht, ein Gratisinserat im Kleinen Anzeiger unseres Blattes im Ausmaße von 5 Zeilen, das sind ungefähr 18 Worte.

Bibliotheken für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad. Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

benben werden nach altem Brauch für ihre Treue belohnt, unter den Handelnden gibt es vergnügungsfähige und brave Aristokraten, fleißige Kapitalisten, böse Wirtinnen, dann sogar Arbeiter und den obliegenden kleinen Buben, den man seit Jack Coogans Siegeszug nun in jedem Film vorgeführt bekommt.

Bereinsnachrichten. Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag. Heute Kinderwanderung der Naturfreunde nach Celakowiz, Zusammenkunft einviertel 9 Uhr früh beim Denisbahnhof. (Abfahrtszeit.)

Turnen und Sport. Mährische Arbeiterturner in Wien. Freitag trafen siebenhundert Arbeiterturner und Turnerinnen aus Mähren mit einem Sonderzug in Wien ein.

Tragen Sie Palma Kautschukabsätze Kautschuksohlen. Besser und billiger als Leder. Elastischer Gumm Schutz gegen Nässe.

Deutscher Theatergarten Heute großes Konzert Anfang 3 Uhr Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schwalbe-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

„Apec“ und „Morrell“ 1901 Vertreter für die Czechoslowakei: Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33. Drahtanschrift „Rostra“ Telefon 6667. Der lesende Arbeiter das ist der dankende und kämpfende Arbeiter! In der Not der Arbeitslosigkeit, im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen, im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der „Sozialdemokrat“ das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende, geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt und der Leser und werbet neue Leser des „Sozialdemokrat“ Ausschneiden und einsenden.